


www.laender-analysen.de/ukraine

CORONAVIRUS KLIMAPOLITIK PRESSEFREIHEIT

■ DOKUMENTATION Der Umgang mit Covid-19 in den »Volksrepubliken« Von Nikolaus von Twickel, Zentrum Liberale Moderne, Berlin	2	■ STATISTIK Treibhausgasemissionen	23
■ DOKUMENTATION Wie die Region Zakarpattia dem Coronavirus begegnet Von Dmytro Tuzhanskyi, Uzhhorod	4	■ DOKUMENTATION Die Ukraine im World Press Freedom Index 2020 2020 Annual Report by the partner organisations to the Council of Europe Platform to Promote the Protection of Journalism and Safety of Journalists (Ausschnitt)	24 26
■ STATISTIK Die Verbreitung von Covid-19 in der Ukraine	8	■ CHRONIK 21. März – 25. April 2020	28
■ UMFRAGE Einstellung der Bevölkerung zur Covid-19-Pandemie	13		
■ CHRONIK Covid-19-Chronik, 24. März – 22. April 2020	16		
■ ANALYSE Chancen und Grenzen der Beteiligung der Zivilgesellschaft an der nationalen Klimapolitik der Ukraine Von Larissa Donges, Unabhängiges Institut für Umweltfragen (UfU e.V.), Berlin und Yelyzaveta Aleksyeyeva, Environment-People-Law, Lwiw	19		

Der Umgang mit Covid-19 in den »Volksrepubliken«

Von Nikolaus von Twickel, Zentrum Liberale Moderne, Berlin

Zusammenfassung

Im Osten der Ukraine liegt eine der gefährdetsten Regionen für die Coronapandemie überhaupt. In den von Russland abhängigen »Volksrepubliken« sind fast 50 Prozent der Einwohner im Rentenalter – so viele wie wohl nirgends sonst auf der Welt.

In den von Russland kontrollierten »Volksrepubliken« in den ukrainischen Regionen Donezk und Luhansk könnte die Seuche verheerende Auswirkungen haben. Bisher (Stand 27. April) gibt es dort gerade mal 148 bestätigte Fälle – 78 in Donezk und 70 in Luhansk – und drei Tote. Bei einer angenommenen Bevölkerungszahl von 2,5 Millionen (die genaue Zahl ist wegen des großen Exodus seit Konfliktbeginn unbekannt) entspricht das 6 Fällen pro 100.000 Einwohner. Zum Vergleich: In der Ukraine sind es 22 Fälle pro 100.000, in Russland 55. Aber das Risiko eines unkontrollierbaren Ausbruchs ist groß.

Zum einen ist die Bevölkerung extrem überaltert. Offiziell leben in den zwei »Republiken« mehr als eine Million Rentner, fast 50 Prozent der Einwohner – wahrscheinlich Weltrekord. Zum Vergleich: In Deutschland beträgt der Anteil der über 65-Jährigen 22 Prozent, in der Ukraine sind es zwischen 20 und 25 Prozent. Diese Altersstruktur ist eine direkte Folge des seit 2014 andauernden Konflikts mit Russland und der von Moskau organisierten Machtübernahme der Separatisten im selben Jahr – beides hat viele arbeitsfähige Menschen zum Wegzug genötigt, während Alte und Kranke oft zurückblieben.

Gleichzeitig sind die Gesundheitssysteme vor Ort von Krieg und Armut ausgezehrt, Ärzte verdienen umgerechnet weniger als 150 Euro im Monat, was zu einem massiven Brain-Drain geführt hat: Die »Gesundheitsministerinnen« in Donezk und Luhansk klagen offen darüber, dass ihnen jeweils 5.000 Ärzte fehlen. In den Krankenhäusern sind Schutzkleidung und Masken Mangelware.

Aber damit nicht genug. Die Separatisten weigerten sich wochenlang, angemessen auf die Gefahr zu reagieren. Teilweise tun sie es immer noch. Während in der Ukraine und Russland Kindergärten, Schulen und Universitäten ab Mitte März geschlossen wurden, ging das Leben in den »Volksrepubliken« zunächst weiter wie bisher. Die De-facto-Behörden wurden nicht müde zu betonen, dass es bei ihnen keinen einzigen bestätigten Corona-Fall gebe.

Covid-19 Maßnahmen in den »Volksrepubliken«

Quarantäneregeln wurden in Donezk ab Mitte März eingeführt, Schüler und Studenten mussten ab 19. März

zu Hause bleiben. In Luhansk wurden zunächst praktisch gar keine Maßnahmen eingeführt. Erst am 28. März wurden plötzlich Restaurants, Läden, Theater und Museen geschlossen, Schulen und Universitäten ab 30. März. Dafür dürfen in Donezk Restaurants und Cafés bis auf weiteres offenbleiben – jedenfalls tagsüber bis 18:00 Uhr. Kindergärten bleiben weiterhin geöffnet.

Bei Grenzsicherungen handelten die Separatisten auch zögerlich und uneinheitlich. Während die Übergänge von der »DNR« zu den regierungskontrollierten Gebieten an der »Kontaktlinie« sowie nach Russland schrittweise ab 17. März geschlossen wurden, schloss die »LNR« den einzigen Übergang in die regierungskontrollierte Ukraine, die Fußgängerbrücke in Stanzia Luhanska, am 23. März. Noch bis Februar zählten die Vereinten Nationen hier knapp eine Million Übertritte pro Monat – überwiegend Rentner, die sich ihre ukrainischen Pensionen auf regierungskontrolliertem Gebiet auszahlen ließen.

Die Übergänge zwischen der »LNR« und den russischen Grenzorten Donezk und Gukowo blieben dagegen weiter offen. Als ihre Schließung am 8. April angekündigt wurde, hieß es, dass Busse mit Einheimischen, die ihre neuen russischen Pässe in der benachbarten Region Rostow abholen, ausgenommen seien. Erst zwei Tage später erkannte man, dass das wohl keine gute Idee war und teilte mit, dass das Staatsbürgerschaftsprogramm erstmal ausgesetzt sei.

Befürchtungen, dass die Quarantänevorgaben der Separatisten nicht oder nur teilweise eingehalten werden, bestätigten sich am 5. April, als sowohl in Donezk als auch in Luhansk die »Gesundheitsministerinnen« besorgt mitteilten, dass mehrere infizierte Bewohner trotz Fiebers weiterhin zur Arbeit gegangen seien. In der »LNR« wurden daraufhin mehrere Städte komplett abgeriegelt. Die »DNR« zog es vor, gar nicht erst mitzuteilen, wo die Erkrankten leben. Ab 27. April wurde dann die Region am Asowschen Meer abgeriegelt – wohl um eine Verbreitung unter Urlaubern während der bevorstehenden Maifeiertage zu verhindern.

Wie viele Covid-19 Infizierte gibt es wirklich?

Wie hoch die Zahl der Infizierten wirklich ist, das ist auch in »normalen« Ländern schwer festzustellen. Aber

da die »Volksrepubliken« der Ostukraine nicht bekannt dafür sind, dass sie bereitwillig über eigene Probleme berichten, wird über die Glaubwürdigkeit der Zahlen viel spekuliert. So erklärte der ukrainische Geheimdienst SBU am 4. April, dass in der »LNR« bereits 13 Menschen mit Verdacht auf Coronavirus gestorben seien.

Und noch einen großen Unterschied gibt es zwischen den beiden »Volksrepubliken«, die zwar beide praktisch komplett von Moskau abhängig sind, sich aber kaum miteinander absprechen. In Donezk hat Separatistenchef Denis Puschilin in mehreren Ansprachen und Interviews bei der Bevölkerung um Verständnis für die Maßnahmen geworben. In Luhansk beschränkt sich sein Kollege Leonid Passetschnik dagegen auf wenige Erklärungen auf seiner Homepage sowie auf Twitter. Die Absage der für 9. Mai geplanten Siegesparaden zum 75. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkriegs teilten beide Separatistenführer erst mit, als der russische Präsident Wladimir Putin sich am 16. April dazu durchgerungen hatte.

Geschlossene Grenzen und positive Propaganda

Hintergrund des Zögerns ist sicher die Erkenntnis, dass die »Volksrepubliken« sich lange Quarantänemaßnahmen schlicht nicht leisten können. »DNR«-Chef Puschilin hat das offen zugegeben, als er am 3. April sagte, dass »unsere Wirtschaft von einer Epidemie sehr viel härter getroffen werden würde als andere Länder.«

Schon die Schließung der Übergänge zu den regierungskontrollierten Gebieten hat zur Folge, dass Hunderttausende nicht mehr ihre ukrainischen Renten abholen können, mit der sie ihre kümmerlichen »republikanischen« Pensionen in Höhe von 4,800 russische Rubel (58 Euro) aufbessern. Nicht besser sieht es für die Industriearbeiter aus. Seit der 2017 bestehenden Wirtschaftsblockade zwischen ihnen und der restli-

chen Ukraine hängen die »Volksrepubliken« komplett am Tropf Russlands, dem einzigen Markt, wo sie ihre Kohle, Eisen- und Stahlprodukte verkaufen können. Aber Russland ist derzeit selbst in einer sich täglich verschlimmernden Krise.

Dass die Lage ernst ist, geht ausgerechnet aus einem Video des eigentlich für positive Propaganda zuständigen Donezker »Informationsministeriums« hervor. Darin erklärt Wladimir Paschkow, ein russischer Industrieller, der vergangenes Jahr zum einflussreichen stellvertretenden Regierungschef aufstieg, unumwunden dass die bisherigen Absatzmöglichkeiten versiegt sind: »Wir sind eine Kohleregion, aber wir können keine Kohle verkaufen«. Und er fügt hinzu, dass die »DNR« lernen müsse, sich künftig selber zu ernähren.

In Luhansk hat Separatistenchef Passetschnik die »Reorganisation« des Kohlesektors, also die Schließung unrentabler Minen, angekündigt, ohne jedoch Einzelheiten zu nennen.

Wie es für die »Volksrepubliken« weitergehen wird, ist also völlig ungewiss. Die russischen Konvois, die noch 2019 wöchentlich Hilfsgüter und wohl auch Bargeld nach Donezk und Luhansk brachten, sind bereits seit dem Jahreswechsel nicht mehr gesehen worden. Seitdem die Separatisten in den Jahren 2015 und 2016 die ausländischen Hilfsorganisationen *Medicins sans Frontieres* und *People in Need* rausgeschmissen haben, sowie seit 2017 die Konvois des ukrainischen Oligarchen Rinat Achmetow nicht mehr reingelassen werden, sind das Internationale Komitee vom Roten Kreuz sowie UN-Organisationen die einzigen, die noch Hilfslieferungen senden. Beim letzten dieser Transporte am 3. April wurde der örtliche ICRC-Leiter vom »DNR«-Informationsministerium interviewt – ein höchst ungewöhnlicher Vorgang. Vielleicht ein Zeichen dafür, dass die Separatisten ahnen, dass sie künftig mehr Hilfe annehmen müssen, die nicht aus Russland stammt.

Der Text erschien zuerst auf der Webseite des Zentrums Liberale Moderne unter <https://libmod.de/twickel-corona-ostukrainel>. Die Redaktion der Ukraine-Analysen dankt dem Autor und dem Zentrum Liberale Moderne für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Über den Autor

Nikolaus von Twickel ist Redakteur im Zentrum Liberale Moderne mit den Schwerpunkten Russland und Ukraine. 2015/16 war er Medienverbindungsoffizier für die OSZE-Beobachtungsmission in Donezk. Für den Deutsch-Russischen Austausch e. V. schreibt er regelmäßig einen Newsletter über die Situation in den »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk.

Wie die Region Zakarpattia dem Coronavirus begegnet

Von Dmytro Tuzhanskyi, Uzhhorod

Zusammenfassung

Die in der Westukraine gelegene Oblast Zakarpattia gilt als ukrainisches Tor nach Westen, weshalb die Befürchtungen einer raschen Ausbreitung von Covid-19 in der Region besonders groß waren. Wie gingen die regionalen Behörden mit der Pandemie um? Und welche Rolle spielt die Freiwilligenbewegung bei der Bewältigung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen? Und wieso liegt gerade in der aktuellen Krise eine Chance, die lange Zeit angespannten Beziehungen zum unmittelbar an die Region grenzenden Nachbarn Ungarn zu verbessern?

Einleitung

Seit über einem Monat geht die Ukraine gegen die Coronaviruspandemie mit Notfallmaßnahmen vor, die das Alltagsleben der Bevölkerung stark beeinflussen. Zu behaupten, das Land sei bereits ernsthaft mit dem Coronavirus in Berührung gekommen, wäre allerdings eine Übertreibung. Wie durch ein Wunder spielen sich derzeit in der Ukraine keine der pandemischen Schreckensszenarien ab, wie wir sie täglich in den Nachrichten aus anderen Ländern mitverfolgen können.

Auch in der Oblast Zakarpattia mit ihren vielen Grenzarbeitern und ihren vier Grenzen zu EU-Ländern, in denen die Zahlen der Infizierten und Toten mit jedem Tag massiv steigen, herrscht ein gewisses Gefühl der Sicherheit vor. Dabei hätte die westlichste Region der Ukraine objektiv betrachtet zum Epizentrum der Verbreitung des Virus im ganzen Land werden müssen. Zakarpattia ist zusammen mit der Oblast Lviv das Tor des Landes nach Westen, durch das massenhaft Ukrainer aus den bereits vom Virus betroffenen Städten und Ländern Europas in die Heimat zurückgekehrt waren.

Die Einführung der Quarantänemaßnahmen in der Ukraine

Offiziell wurden in der Ukraine am 12. März die ersten Quarantänemaßnahmen verhängt, in deren Zuge die Grenzen geschlossen und Verbindungen des Linienverkehrs gekappt wurden, sowohl im Land als auch grenzüberschreitend. Die Entscheidungen fielen in der Woche, als die WHO die durch das Coronavirus ausgelöste Krankheit ihrer Ausbreitung nach offiziell als Pandemie einstufte und die meisten europäischen Länder ihre Grenzen schlossen, den Notstand ausriefen und Quarantänemaßnahmen einführten.

So handelten auch die Nachbarn der Ukraine, mit denen Zakarpattia die Grenze teilt – die Slowakei, Ungarn, Rumänien und Polen. Allerdings hat die Ukraine bis heute nicht den Ausnahmezustand ausgerufen, nur Notfallmaßnahmen verhängt, was juristisch gesehen einen Unterschied darstellt. Im Falle des Ausnahmezustands können viel weitreichendere Einschränkungen der Bürgerrechte vorgenommen werden, von Ausgangssperren bis zur Absage von Wahlen. Im Rahmen des momentan geltenden Notfallregimes verbleiben Restriktionen überwiegend auf der Ebene von Empfehlungen. Diese Empfehlungen galten zunächst nur für drei Regionen, zu denen Zakarpattia nicht zählte, ab dem 25. März dann für das ganze Land.

Dabei musste Zakarpattia schon lange vor diesem Zeitpunkt als Gebiet mit erheblich erhöhtem Risiko gelten, wofür sich vielerlei Gründe anführen lassen. Dazu zählt mit Sicherheit, dass eine große Anzahl Menschen ausgerechnet in Italien arbeitet, das auf so tragische Weise zum Epizentrum der Coronaviruspandemie in Europa wurde. Auch nach den tragischen Nachrichten über Tausende Infizierte und die ersten Todesopfer pendelten noch die sogenannten »Italienbüschchen«, die Karawanen der Minibusse zwischen Italien und Zakarpattia, und verursachten wöchentlich an Dienstagen und Donnerstagen vor den Zollkontrollen ihre legendären Rückstaus.

Dabei musste Zakarpattia schon lange vor diesem Zeitpunkt als Gebiet mit erheblich erhöhtem Risiko gelten, wofür sich vielerlei Gründe anführen lassen. Dazu zählt mit Sicherheit, dass eine große Anzahl Menschen ausgerechnet in Italien arbeitet, das auf so tragische Weise zum Epizentrum der Coronaviruspandemie in Europa wurde. Auch nach den tragischen Nachrichten über Tausende Infizierte und die ersten Todesopfer pendelten noch die sogenannten »Italienbüschchen«, die Karawanen der Minibusse zwischen Italien und Zakarpattia, und verursachten wöchentlich an Dienstagen und Donnerstagen vor den Zollkontrollen ihre legendären Rückstaus.

Geschlossene Grenzen und erste Opfer

Die Schließung der Grenzen war vermutlich das Schlüsselmoment, woran für die Menschen in Zakarpattia und die Oblast als solche die Quarantäne und die eingeleiteten Notfallmaßnahmen in ihrer Tragweite spürbar wurden und die Coronaviruspandemie auch weiterhin spürbar bleibt. In Zakarpattia ist man Mobilität und Auslandsreisen gewöhnt, insbesondere in die angrenzende EU.

Doch viele Menschen waren und sind weiterhin gezwungen, aus der EU nach Hause zurückzukehren, weil sie dort entweder nur prekär beschäftigt waren, sich ihre Arbeitsverhältnisse auf den Besitz eines zweiten Passes, vornehmlich des rumänischen oder ungarischen, stützten oder aber sie unter Ausnutzung der Visafreiheit im informellen Sektor tätig waren.

Viele Grenzarbeiter in festen Beschäftigungsverhältnissen hingegen sind in Europa geblieben, mit unklaren Perspektiven bezüglich ihrer Heimkehr. Mittlerweile wird unter Experten über die Frage diskutiert, ob

die Grenzarbeiter aus Zakarpattia und der Ukraine im Ganzen nach der Coronaviruspandemie wieder in die EU zurückkehren, oder sich vielmehr Jobs auf dem heimischen Arbeitsmarkt suchen werden.

Da jedoch die eingeleiteten Maßnahmen mit den Osterfeiertagen und -ferien zusammenfielen, und noch kein Datum für eine Wiederöffnung der Grenzen feststeht, können bezüglich der Zukunft der Arbeiter noch keine Prognosen gewagt werden.

Von Anfang an war die Frage danach, welche der verhängten Maßnahmen wie einzuhalten waren, für die Auslandsrückkehrer sehr belastend. Zunächst war unklar, ob die Regeln bindend oder nur freiwillig zu befolgen waren und wer ihre Einhaltung kontrollieren sollte. Schließlich übernahmen lokale staatliche Stellen diese Aufgabe, stellten Listen von kürzlich aus dem Ausland zurückgekehrten Menschen zusammen und führten Kontrollen am Wohnort durch.

Währenddessen kam es zum ersten offiziell bestätigten Fall einer Coronavirusinfektion in Zakarpattia: Am 23. März wurde Covid-19 labortechnisch bei einer 68-Jährigen aus Mukachevo, der zweitgrößten Stadt der Oblast, bestätigt. Der Ehemann der Betroffenen war Anfang März aus Italien zurückgekehrt, sie selbst hatte nach dem Auftreten der ersten Symptome noch einen sonntäglichen Gottesdienst besucht. Sowohl die Frau als auch die von ihr infizierten Kontaktpersonen sind bereits wieder genesen. Gleichzeitig wurde auch der erste Todesfall von Zakarpattia in Irshava bestätigt, einer 40 km von Mukachevo entfernt gelegenen Kleinstadt. Am 6. April verstarb dort eine 71-jährige Frau. Mit Stand vom 23. April zählt Zakarpattia 230 mit dem Coronavirus Infizierte und 6 Tote. 22 positiv getestete Menschen sind wieder genesen.

Zakarpattia in Quarantäne

Im vergangenen Quarantänemonat unterschied sich das Leben in der westlichsten Region der Ukraine kaum von der allgemeinen Situation im Land: über die durch die Zentralregierung auf höchster Ebene angeordneten Maßnahmen hinaus wurden keine zusätzlichen Einschränkungen verhängt. Neben Schulen und Bildungseinrichtungen bleiben also auch Geschäfte geschlossen, mit Ausnahme von Lebensmittelgeschäften und den Filialen einer bekannten Baumarktkette, was landesweit zu heißen Diskussionen über die Frage »und warum dürfen die?« führte.

Nicht geschlossen wurden in Zakarpattia die meisten der Niederlassungen und Produktionsstätten großer internationaler Firmen, die Teil einer globalen Lieferkette ausmachen. Als Beispiele lassen sich Firmen wie Jabil, Yazaki oder Flex nennen, die allerdings ihre Hygiene- und Sicherheitsvorschriften verschärften. Die weltbekannte Skifabrik von Fischer in Mukachevo, eines

der wichtigsten Produktionszentren der österreichischen Marke, von wo aus etwa 27 der 31 Klubs der NHL (Nationale Eishockey Liga) mit Hockeyschlägern ausgerüstet werden, schloss zunächst für 14 Tage ihre Türen, hat den Betrieb mittlerweile aber wiederaufgenommen.

Betriebe und Geschäfte haben begonnen, sich den neuen Bedingungen anzupassen. Viele in Zakarpattia sehen darin auch eine Nagelprobe in puncto Verantwortungsbewusstsein. Einzelne Speiselokale in der Region hatten beispielsweise bereits vor den offiziell geltenden Quarantänemaßnahmen ihre Betriebe geschlossen und auf Liefer- oder Abholmodus umgestellt.

Bei anderen gastronomischen Einrichtungen hingegen, die auch zuvor schon im Segment »Essen zum Mitnehmen« operierten, drängen sich nach wie vor die Besucher, ohne dass die staatlichen Autoritäten einschreiten würden, was in den sozialen Netzwerken auf viel Kritik trifft. Das Internet und die sozialen Medien sind über ihre Funktion als Informationsquelle hinaus zu Orten geworden, an denen man seine Zeit verbringt. Leider gehen weitaus nicht alle lokalen Medien in Zakarpattia bei der Zusammenstellung und Aufbereitung von Nachrichten mit der nötigen Sorgfalt vor, insbesondere was Faktenchecks angeht, sowohl zum Thema Coronavirus als auch allgemein.

Allerdings scheinen die Medien aber auch eine viel wichtigere Rolle als die staatlichen Behörden dabei gespielt zu haben, die Menschen von der Einhaltung der Quarantänemaßnahmen zu überzeugen. Zu nennen wäre ein Bewusstsein für die »zunehmend angespannte Lage« durch warnende Schlagzeilen und alarmierende Fakten sowie weiterhin die Aktivitäten lokaler Vordenker in den sozialen Netzwerken. In erster Linie aber waren die Stellungnahmen örtlicher Mediziner ausschlaggebend, die auf einmal zu Top-Bloggern und Nachrichtenmachern wurden, mit Tausenden von Zuschauern, Likes und einer großen Reichweite.

Im Hinblick auf die Evaluation des staatlichen Handelns in der Region muss zunächst festgehalten werden, dass der Oblastverwaltung von Zakarpattia seit Dezember letzten Jahres niemand mehr vorsteht. Nach der Entlassung des vorherigen Leiters kam es nicht zur Neubesetzung des Postens, weswegen der erste Stellvertreter kommissarisch das Amt ausfüllt. Es wurden bereits mehrere Kandidaten präsentiert, zudem war geplant, dass Staatspräsident Volodymyr Zelensky im Rahmen eines Blitzbesuchs in der Region am 16. April einen neuen Leiter der Oblastverwaltung vorstellen würde, doch diese Personalentscheidung verschwand im letzten Moment vom offiziellen Programm. Am 23. April wurde endlich der neue Gouverneur ernannt: Oleksiy Petrov, der ehemalige Leiter der Spionageabwehr beim ukrainischen Geheimdienst. Mit seiner Kandidatur hat man bereits vorm Zelensky-Besuch gerechnet. Er wurde

persönlich vom Premierminister der Ukraine Denys Shmyhal vorgestellt.

Diese Unsicherheit und das Fehlen einer formal berechtigten und kompetenten Führungspersönlichkeit haben im Handeln der Verwaltung und der staatlichen Stellen in der Region ihre Spuren hinterlassen. In der durch das Coronavirus noch erschwerten Situation schlugen sich die Behörden im Großen und Ganzen einigermaßen durch. Beispiele für echte Führungsqualitäten oder gar Charisma in dieser schwierigen Lage gibt es allerdings nicht. Im Gegenteil, die offenbar von ihrer eigenen Schlüsselfunktion überzeugten staatlichen Stellen haben sich so manches Mal von der Macht des Verbieters hinreißen lassen.

Eigene Verbote und Erlaubnisse

Das schlagendste Beispiel ist die Entscheidung der Oblastverwaltung von Zakarpattia, zum katholischen Osterfest Einschränkungen der Bewegungsfreiheit zu verhängen. Juristisch gesehen gab es dazu eine Empfehlung, der kommissarische Leiter der Oblastverwaltung jedoch präsentierte die Maßnahme persönlich als bindendes Verbot und drohte mit einem Bußgeld von 17.000 Hryvnia bei Verstößen. Hier ein Auszug aus seiner Ankündigung: »Die regionale Kommission hat sich dafür entschieden, die Bewegungsfreiheit maximal einzuschränken. Dies bedeutet, dass Sie ab Samstag, den 11. April, 13 Uhr bis Montag, den 13. April, 6 Uhr das Haus nicht verlassen dürfen, Sie müssen zu Hause bleiben! [...] An diesen Tagen sind die Vollzugsorgane in erhöhter Einsatzbereitschaft. Polizei und Nationalgarde werden aufgeboten. Quarantänebrecher müssen mit Strafen von 17.000 Hryvnia rechnen, es werden keine Ausnahmen gemacht.«

Unwichtig, dass dies mit ukrainischem Recht gar nicht vereinbar ist, und der Passus aus dem Originaltext der zuständigen Kommission nur eine Empfehlung ausspricht. Im Ergebnis wurde die Lage nur unübersichtlicher, die Menschen waren verwirrt, zudem es auch unverzüglich zu öffentlichen Stellungnahmen kam, die diese Einschränkungen als illegal brandmarkten. In der Vereinigten Territorialgemeinde Mukachevo wurde angekündigt, ihnen nicht Folge zu leisten.

Dort ging man sogar noch weiter: Trotz der Verbote auf zentraler Ebene erlaubten die Verordnungen der städtischen Kommission von Mukachevo die Öffnung von Baumärkten und Frisören im Stadtgebiet, schließlich auch die Öffnung sämtlicher Ladengeschäfte auch außerhalb der Lebensmittelbranche, natürlich nur unter Beachtung bestimmter Hygieneauflagen. Auch die Legalität dieser Entscheidungen wird in Frage gestellt, doch die Staatsanwaltschaft Zakarpattia, offiziell mit der Aufsicht in diesem Bereich betraut, hat sie noch nicht beanstandet.

Die Freiwilligenbewegung

Die Freiwilligenbewegung zählt mit Sicherheit zu den Faktoren, die bisher ein Aufkommen von Panik angeht der Coronaviruspandemie in der Ukraine verhindert haben. Ihre Rolle erinnert an die Situation 2013–2014, im Laufe der Maidan-Revolution, und später, als Russland die Krim annektierte und in den Osten der Ukraine einen Krieg brachte. Heute, da sich ganz normale Menschen im ganzen Land, und besonders in Zakarpattia, füreinander und für ihr medizinisches Personal zu engagieren beginnen, befindet sich die zahlenmäßig starke Freiwilligenbewegung erneut im Aufwind.

Am Anfang standen private Initiativen, um Ärzte an ihren Arbeitsplatz zu bringen, was nach dem Aussetzen des öffentlichen Nahverkehrs sehr wichtig geworden war.

Initiativen mit diesem Ziel entstanden in Berehovo, Uzhhorod und andernorts, wo sie bis heute noch tätig sind. Die Menschen in Zakarpattia sammeln zudem mit Spendenaktionen hohe Summen für den Kauf von Masken und Schutzkleidung für Ärzte sowie für die Beschaffung von Desinfektionsmittel, das an Arztpraxen und Privatpersonen, vor allem an ältere Menschen, ausgeteilt wird.

Es war vorhersehbar, dass vor dem Hintergrund der im Herbst diesen Jahres anstehenden Lokalwahlen in der Ukraine sowie eines politisierten Alltags auch bestimmte Parteien und einzelne Politiker ihre PR-Strategien auf das Thema Coronavirus abstellen und in diesem Rahmen z. B. auch Masken, Desinfektionsmittel und sogar medizinisches Gerät in den Krankenhäusern verteilen würden.

Ungarn

In einem Telefongespräch zwischen dem ungarischen Außenminister Péter Szijjártó und seinem ukrainischen Kollegen Dmitry Kuleba kündigte die ungarische Seite an, Budapest werde eine humanitäre Hilfslieferung bestehend aus 100.000 Masken und 30.000 Paar Handschuhen zur Verteilung in Krankenhäusern in Zakarpattia auf den Weg bringen.

Dies ist eine entgegenkommende Geste der ungarischen Seite in der Coronavirus-Pandemie und auch angesichts der schwierigen ungarisch-ukrainischen Beziehungen der letzten Jahre, die belastet wurden durch die Änderungen in der ukrainischen Gesetzgebung bezüglich des Status von Minderheitensprachen im Bildungswesen und der Entscheidung, stufenweise ab der 5. Klasse die Mehrzahl der Fächer auf Ukrainisch zu unterrichten.

Die Beziehungen zwischen Kyiv und Budapest haben sich in den letzten Monaten verbessert. Ungarn hat die Ukraine auch tatkräftig unterstützt, als es um die Rückführung ihrer Bürger nach der Grenzschließung ging. Die Zusammenarbeit in diesem Punkt ist noch nicht abgeschlossen.

Im Moment erwägen beide Länder die Öffnung des derzeit nur für den Warenverkehr oder mit Sondergenehmigung passierbaren Grenzübergangs Tschop (Tisa) – Zakhon (Záhony) für den Personentransport. Auch auf politischer Ebene kam es jüngst zu Fortschritten im Verhältnis der beiden Länder: Viktor Orbán hat Volodymyr Zelenskys Einladung zu einem Staatsbesuch in der Ukraine angenommen, sicherlich eine Gelegenheit, den »Sprachenstreit« beizulegen.

Alles dies steht im Kontrast zur Stimmung in der EU im Hinblick auf Ungarn nach der Annahme des Notstandsgesetzes zur Bekämpfung des Coronavirus, womit sich die Regierung Orbán weitreichende Sondervollmachten sicherte. Doch dies ist eine andere Geschichte und Diskussion.

Aus dem Ukrainischen von Beatrix Kersten

Der Text erschien zuerst auf der Webseite der Kiewer Gespräche unter <https://www.kyiv-dialogue.org/de/news/newsreader/zakarpattia-in-quarantaene-wie-die-westlichste-region-der-ukraine-dem-coronavirus-begegnet.html>.

Die Kiewer Gespräche (Kyiv Dialogue) sind eine unabhängige Plattform für die Vertiefung des Dialogs zwischen der Ukraine und Deutschland. Die Plattform unterstützt mit ihren Projekten die Zivilgesellschaft in acht Regionen der Ukraine. Link: <https://www.kyiv-dialogue.org/de/deutsch-ukrainische-plattform.html>.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen dankt dem Autor und den Kiewer Gesprächen für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Über den Autor

Dmytro Tuzhanskyi ist Politologe und politischer Korrespondent. Sein Schwerpunkt liegt auf ukrainischer Innen- und Außenpolitik, insbesondere auf politischen Prozessen in Mittel- und Osteuropa, vor allem Ungarn, der Slowakei und Rumänien. Er schreibt für etablierte Medien aus der Ukraine und Ungarn, z. B. Jewropejska Prawda, Radio Liberty, Ukrainform, HVG, Index.hu.

Karte 1: Das Gebiet Transkarpatien

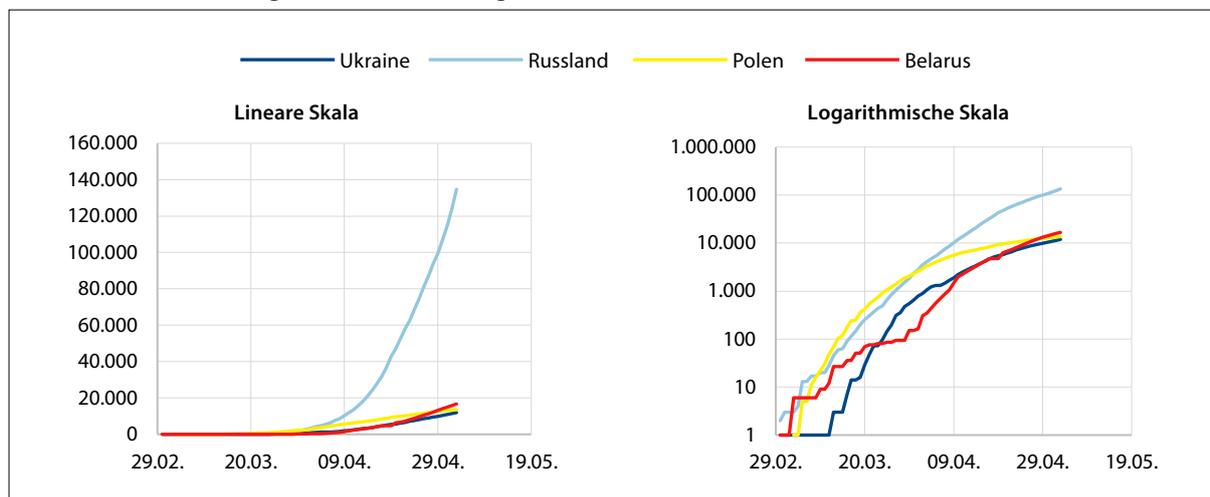


Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS, mit Geodaten von <https://nominatim.openstreetmap.org/> und <https://tools.wmflabs.org/>. Für eine Übersicht über die regionale Verteilung von Coronafällen in der Ukraine siehe die Karte auf S. 12.

STATISTIK

Die Verbreitung von Covid-19 in der Ukraine

Grafik 1: Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (1. März – 3. Mai 2020)

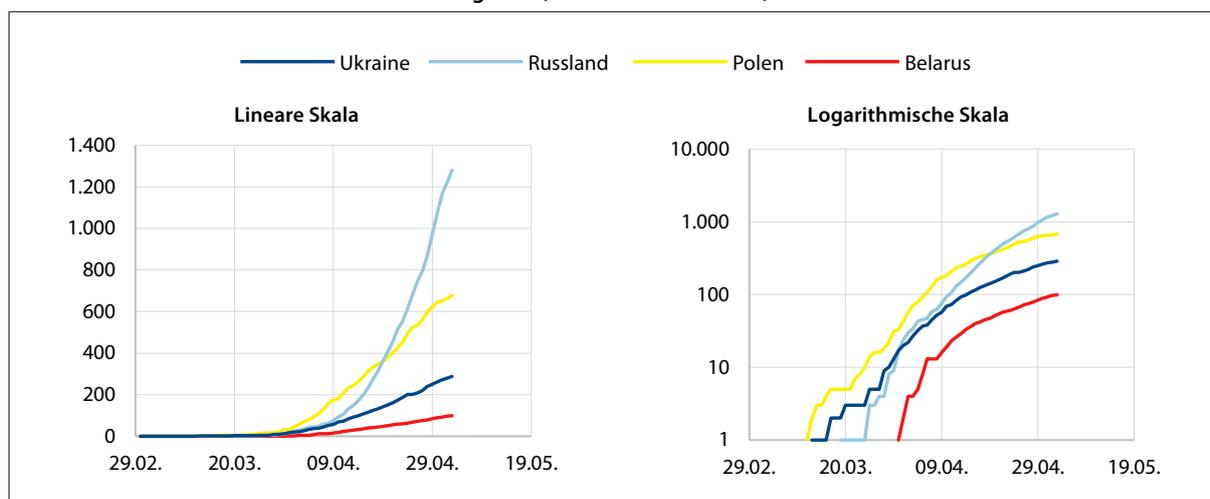


Datum	Ukraine	Russland	Polen	Belarus
01.03.	1	2		1
02.03.	1	3		1
03.03.	1	3		1
04.03.	1	3	1	6
05.03.	1	4	1	6
06.03.	1	13	5	6
07.03.	1	13	5	6
08.03.	1	17	11	6
09.03.	1	17	16	6
10.03.	1	20	22	9
11.03.	1	20	31	9
12.03.	1	28	49	12
13.03.	3	45	68	27
14.03.	3	59	103	27
15.03.	3	63	119	27
16.03.	7	90	177	36
17.03.	14	114	238	36
18.03.	14	147	251	51
19.03.	16	199	355	51
20.03.	29	253	425	69
21.03.	47	306	536	76
22.03.	73	367	634	76
23.03.	73	438	749	81
24.03.	97	495	901	81
25.03.	145	658	1.051	86
26.03.	196	840	1.221	86
27.03.	310	1.036	1.389	94
28.03.	356	1.264	1.638	94
29.03.	475	1.534	1.862	94
30.03.	548	1.836	2.055	152
31.03.	645	2.337	2.311	152
01.04.	794	2.777	2.554	163

Datum	Ukraine	Russland	Polen	Belarus
02.04.	897	3.548	2.946	304
03.04.	1.072	4.149	3.383	351
04.04.	1.225	4.731	3.627	440
05.04.	1.308	5.389	4.102	562
06.04.	1.319	6.343	4.413	700
07.04.	1.462	7.497	4.848	861
08.04.	1.668	8.672	5.205	1.066
09.04.	1.892	10.131	5.575	1.486
10.04.	2.203	11.917	5.955	1.981
11.04.	2.511	13.584	6.356	2.226
12.04.	2.777	15.770	6.674	2.578
13.04.	3.102	18.328	6.934	2.919
14.04.	3.372	21.102	7.202	3.281
15.04.	3.764	24.490	7.582	3.728
16.04.	4.161	27.938	7.918	4.204
17.04.	4.662	32.008	8.379	4.779
18.04.	5.106	36.793	8.742	4.779
19.04.	5.449	42.853	9.287	4.779
20.04.	5.710	47.121	9.593	6.264
21.04.	6.125	52.763	9.856	6.723
22.04.	6.592	57.999	10.169	7.281
23.04.	7.170	62.773	10.511	8.022
24.04.	7.647	68.622	10.892	8.773
25.04.	8.125	74.588	11.273	9.590
26.04.	8.617	80.949	11.617	10.463
27.04.	9.009	87.147	11.902	11.289
28.04.	9.410	93.558	12.218	12.208
29.04.	9.866	99.399	12.640	13.181
30.04.	10.406	106.498	12.877	14.027
01.05.	10.861	114.431	13.105	14.917
02.05.	11.411	124.054	13.375	15.828
03.05.	11.913	134.687	13.693	16.705

Quelle: Johns Hopkins Universität, Stand: 04.05.2020, 05:00 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv

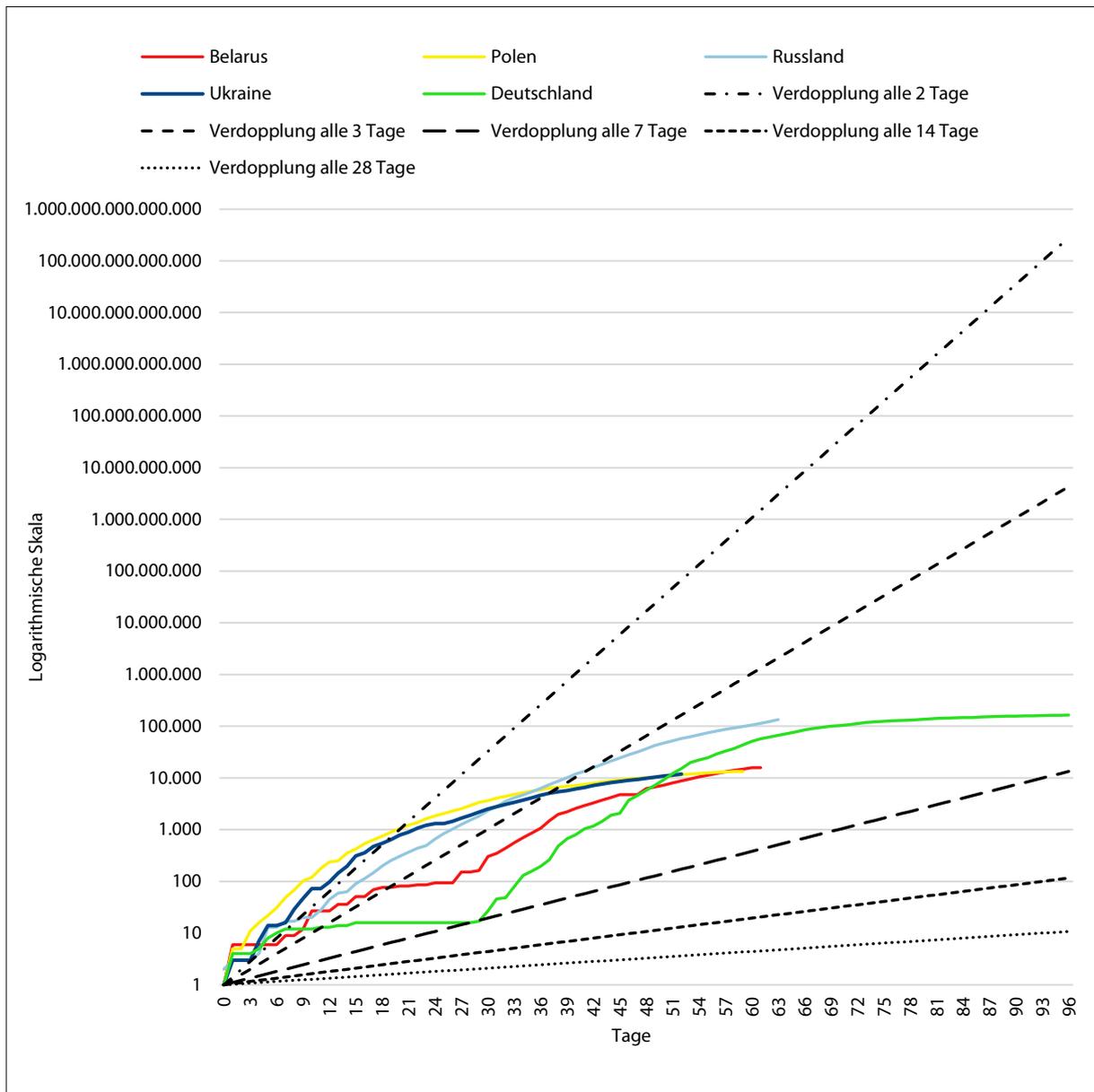
Grafik 2: Todesfälle von Covid-19 im Vergleich (1. März – 3. Mai 2020)



Datum	Ukraine	Russland	Polen	Belarus
01.03.	0	0	0	0
02.03.	0	0	0	0
03.03.	0	0	0	0
04.03.	0	0	0	0
05.03.	0	0	0	0
06.03.	0	0	0	0
07.03.	0	0	0	0
08.03.	0	0	0	0
09.03.	0	0	0	0
10.03.	0	0	0	0
11.03.	0	0	0	0
12.03.	0	0	1	0
13.03.	1	0	2	0
14.03.	1	0	3	0
15.03.	1	0	3	0
16.03.	1	0	4	0
17.03.	2	0	5	0
18.03.	2	0	5	0
19.03.	2	1	5	0
20.03.	3	1	5	0
21.03.	3	1	5	0
22.03.	3	1	7	0
23.03.	3	1	8	0
24.03.	3	1	10	0
25.03.	5	3	14	0
26.03.	5	3	16	0
27.03.	5	4	16	0
28.03.	9	4	18	0
29.03.	10	8	22	0
30.03.	13	9	31	0
31.03.	17	17	33	1
01.04.	20	24	43	2

Datum	Ukraine	Russland	Polen	Belarus
02.04.	22	30	57	4
03.04.	27	34	71	4
04.04.	32	43	79	5
05.04.	37	45	94	8
06.04.	38	47	107	13
07.04.	45	58	129	13
08.04.	52	63	159	13
09.04.	57	76	174	16
10.04.	69	94	181	19
11.04.	73	106	208	23
12.04.	83	130	232	26
13.04.	93	148	245	29
14.04.	98	170	263	33
15.04.	108	198	286	36
16.04.	116	232	314	40
17.04.	125	273	332	42
18.04.	133	313	347	45
19.04.	141	361	360	47
20.04.	151	405	380	51
21.04.	161	456	401	55
22.04.	174	513	426	58
23.04.	187	555	454	60
24.04.	201	615	494	63
25.04.	201	681	524	67
26.04.	209	747	535	72
27.04.	220	794	562	75
28.04.	239	867	596	79
29.04.	250	972	624	84
30.04.	261	1.073	644	89
01.05.	272	1.169	651	93
02.05.	279	1.222	664	97
03.05.	288	1.280	678	99

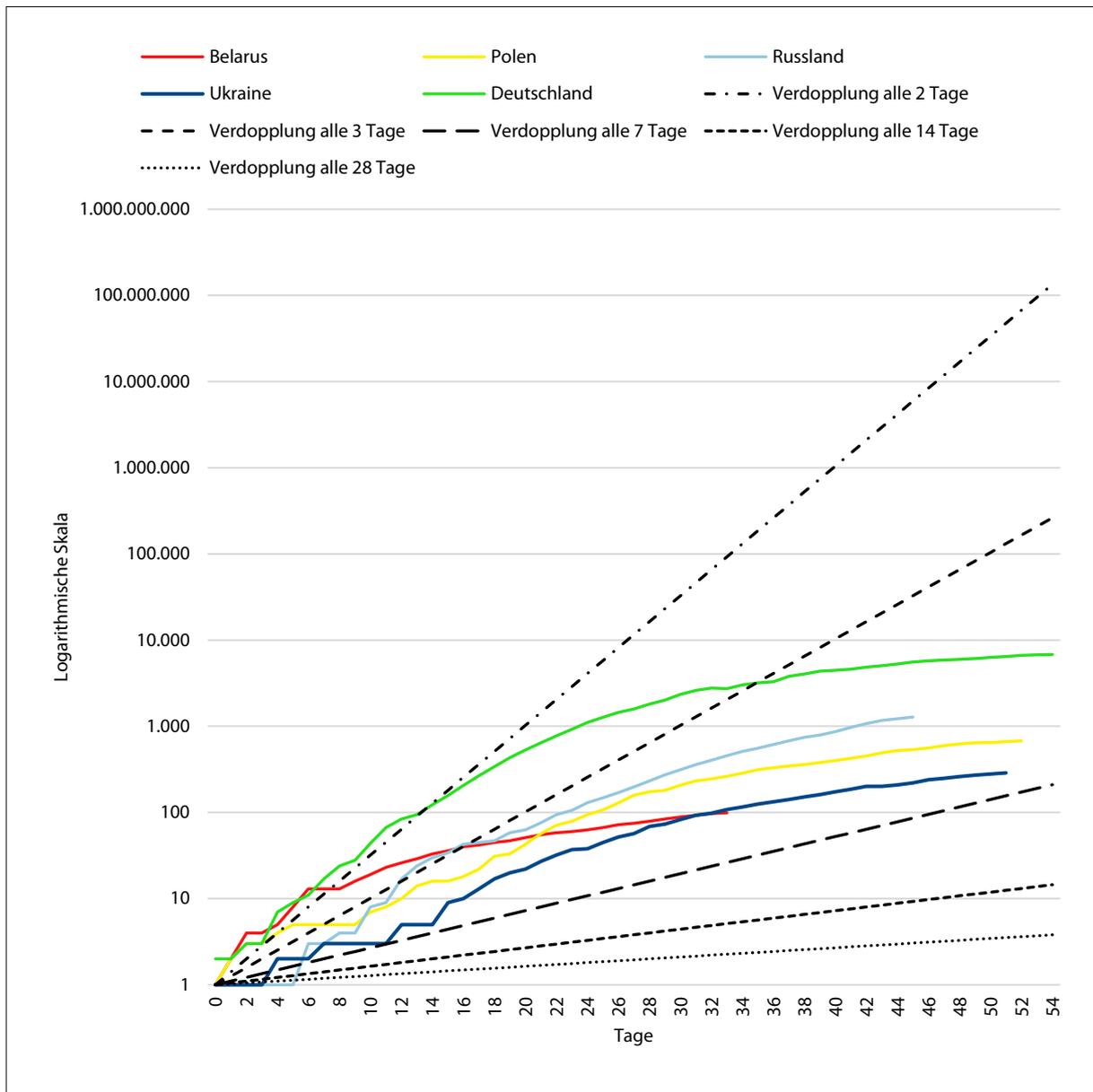
Grafik 3: Covid-19-Verdopplungsraten im Vergleich: bestätigte Fälle



Der Tag Null ist der letzte Tag mit nur einem bestätigtem Fall, oder der erste Tag, an dem Fälle gemeldet wurden.

Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 03.05.2020. 11:38 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv; Formel für die Verdopplungsraten von <https://blog.datawrapper.de/weekly-chart-coronavirus-doublingtimes/>

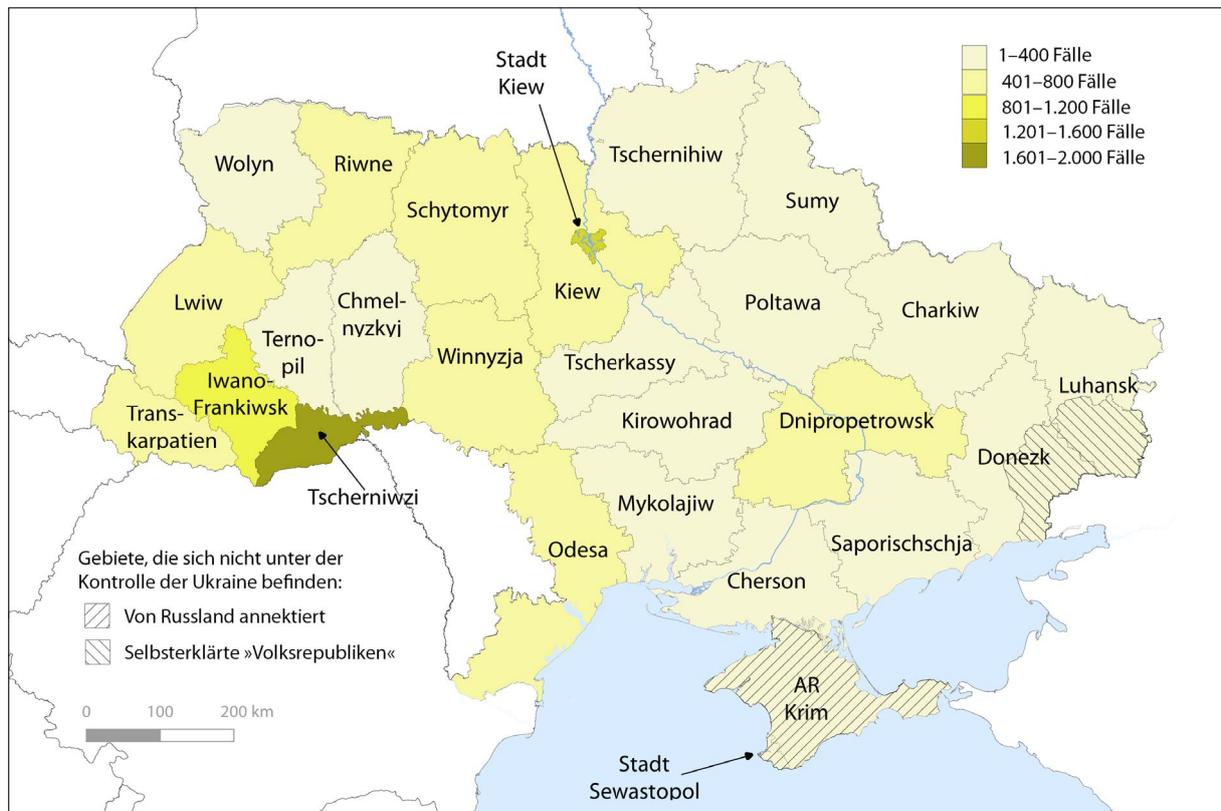
Grafik 4: Covid-19-Verdopplungsraten im Vergleich: bestätigte Todesfälle



Der Tag Null ist der letzte Tag mit nur einem bestätigtem Fall, oder der erste Tag, an dem Fälle gemeldet wurden.

Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 03.05.2020. 11:38 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv; Formel für die Verdopplungsraten von <https://blog.datawrapper.de/weekly-chart-coronavirus-doublingtimes/>

Grafik 5: Regionale Verteilung der Covid-19-Infektionen



Region	Fälle	Todesfälle
Charkiw	348	6
Cherson	136	2
Chmelnyzkyj	115	5
Dnipropetrowsk	448	4
Donezk	70	1
Iwano-Frankiwsk	965	54
Kiew	784	17
Stadt Kiew	1.511	26
Kirowohrad	397	19
Luhansk	37	0
Lwiw	473	15
Mykolajiw	149	3
Odesa	409	3
Poltawa	222	7

Region	Fälle	Todesfälle
Riwne	726	12
Saporischschja	275	5
Schytomyr	423	10
Sumy	110	4
Ternopil	115	15
Tscherkassy	308	9
Tschernihiw	54	5
Tscherniwzi	1.818	47
Transkarpatien	508	10
Winnyzja	435	3
Wolyn	324	6
AR Krim*	105	0
Stadt Sewastopol*	89	2

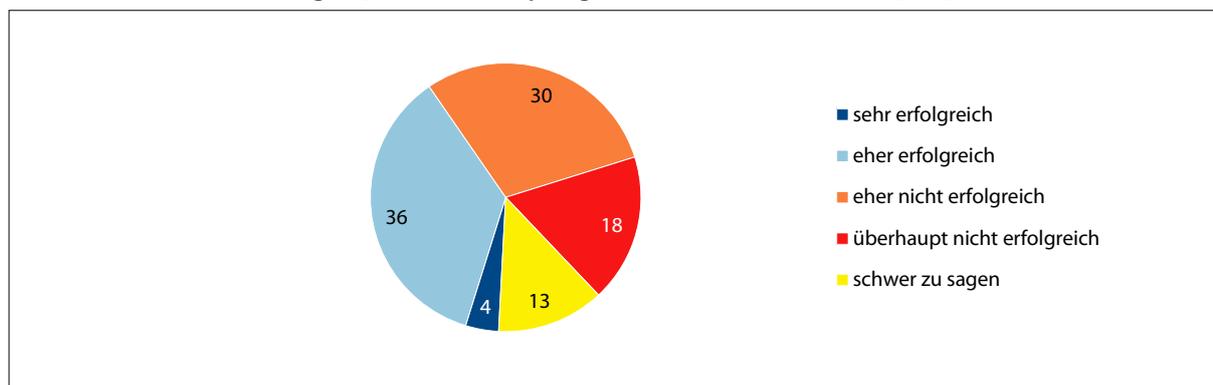
* inoffizielle Daten

Quelle: <https://www.pravda.com.ua/cdn/covid-19/cpa/>, Stand: 03.05.2020 09:16 Uhr.

UMFRAGE

Einstellung der Bevölkerung zur Covid-19-Pandemie

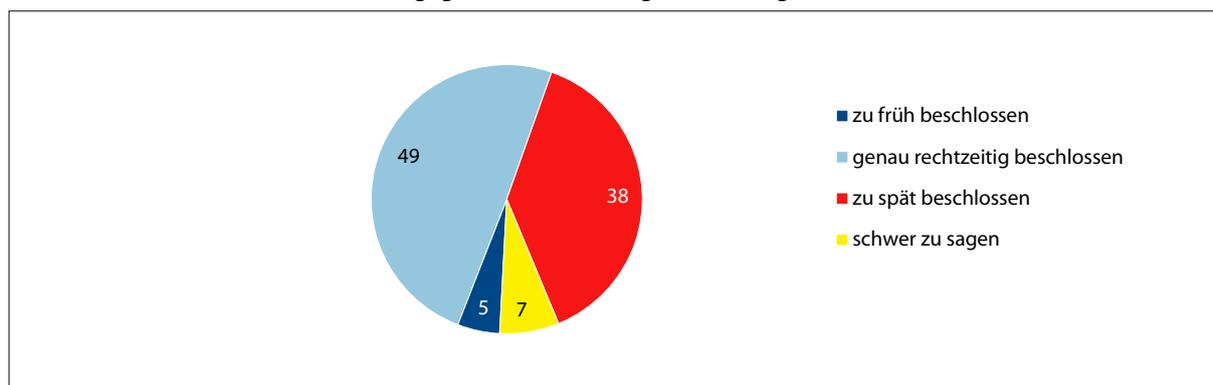
Grafik 1: Wie erfolgreich ist die politische Führung (Präsident Selenskyj, Ministerkabinett, Werchowna Rada, Rechtsschutzorgane) bei der Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie? (in %)



Anmerkung: Die repräsentative Umfrage wurde zwischen dem 27. – 30. März 2020 durchgeführt.

Quelle: Kiewer Internationales Institut für Soziologie (KIIS), 2. April 2020, <https://www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=928&page=1>

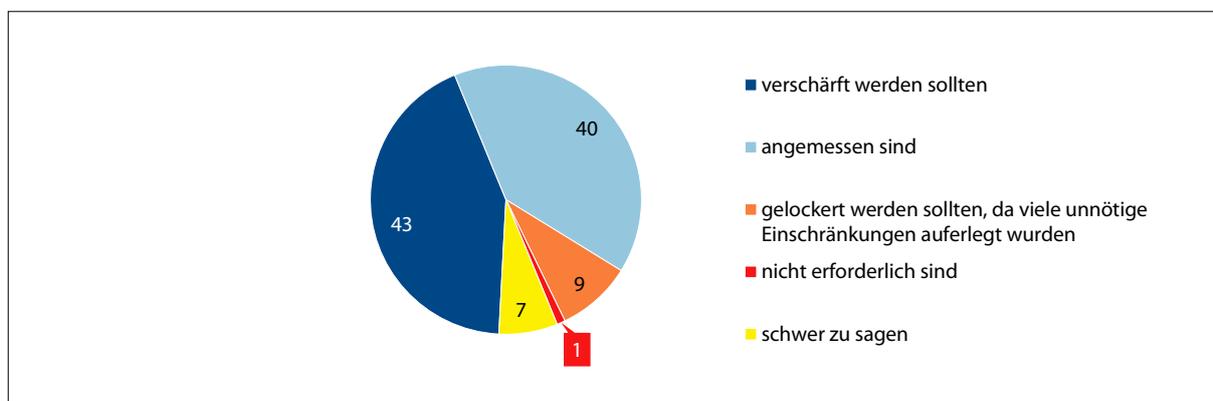
Grafik 2: Wurden die Maßnahmen gegen die Ausbreitung des neuartigen Coronavirus in der Ukraine... (in %)



Anmerkung: Die repräsentative Umfrage wurde zwischen dem 27. – 30. März 2020 durchgeführt.

Quelle: Kiewer Internationales Institut für Soziologie (KIIS), 2. April 2020, <https://www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=928&page=1>

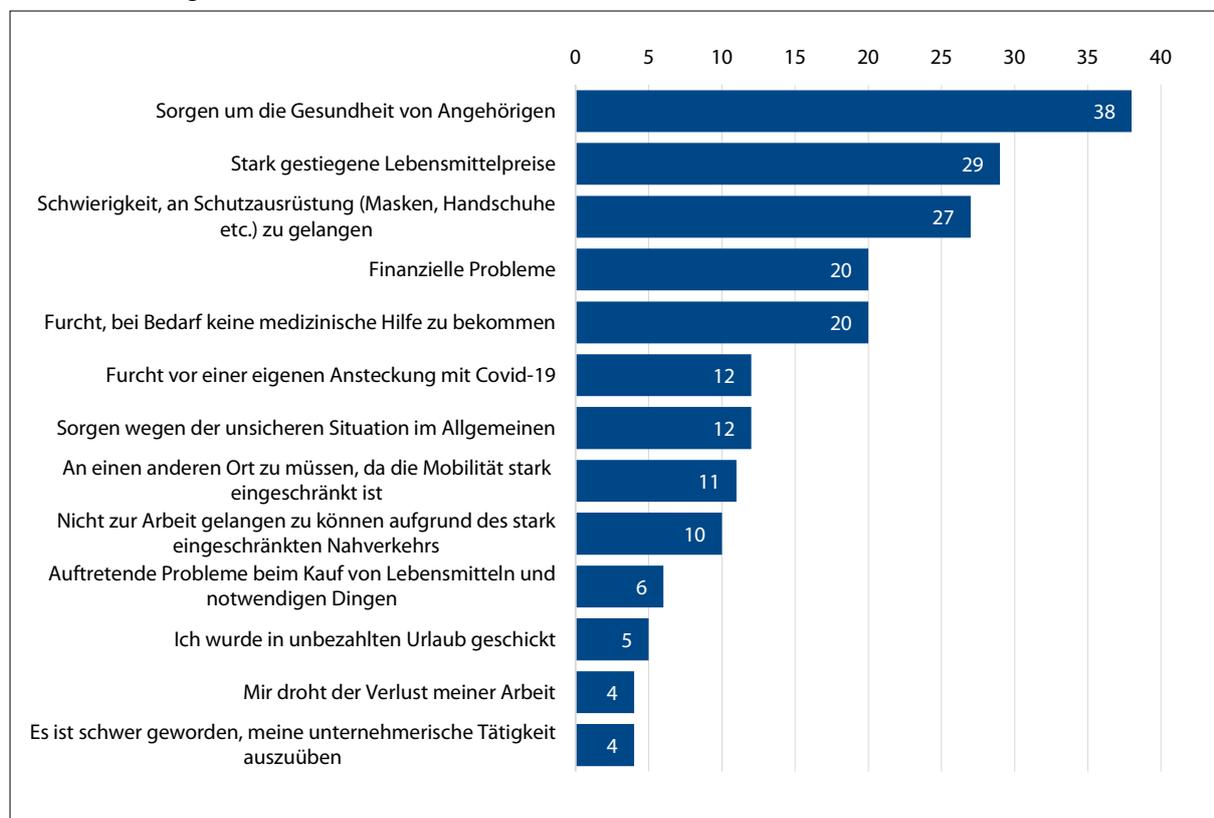
Grafik 3: Denken Sie, dass die Quarantänemaßnahmen in der Ukraine...



Anmerkung: Die repräsentative Umfrage wurde zwischen dem 27. – 30. März 2020 durchgeführt.

Quelle: Kiewer Internationales Institut für Soziologie (KIIS), 2. April 2020, <https://www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=928&page=1>

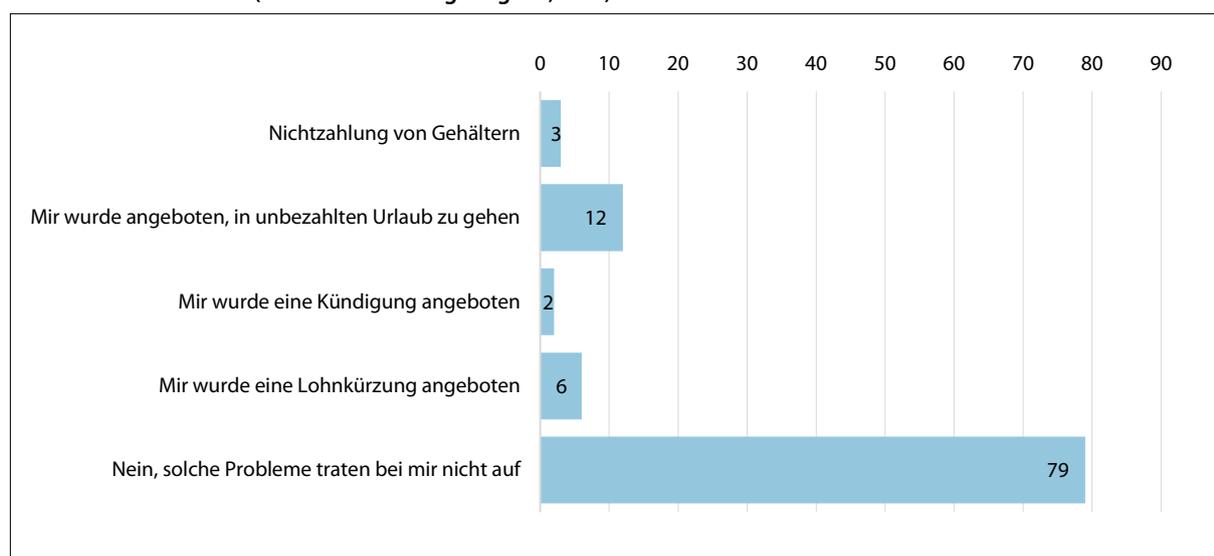
Grafik 4: Welche Probleme und Schwierigkeiten beschäftigen Sie im Moment am meisten? (bis zu drei Antwortmöglichkeiten, in %)



Anmerkung: Die repräsentative Umfrage wurde zwischen dem 27. – 30. März 2020 durchgeführt.

Quelle: Kiewer Internationales Institut für Soziologie (KIIS), 2. April 2020, <https://www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=928&page=1>

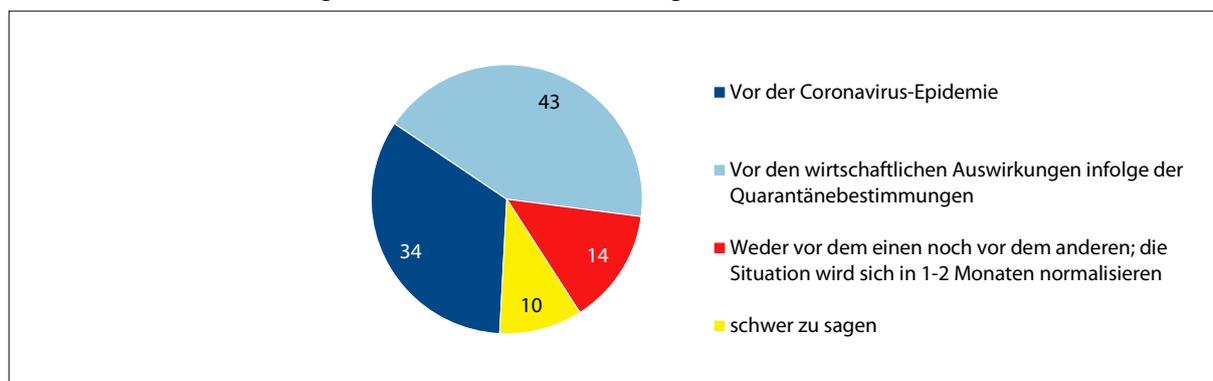
Grafik 5: Respondenten, die einer beruflichen Tätigkeit nachgehen, wurden befragt, ob die folgenden Probleme zutreffen (Mehrfachnennung möglich, in %)



Anmerkung: Die repräsentative Umfrage wurde zwischen dem 27. – 30. März 2020 durchgeführt.

Quelle: Kiewer Internationales Institut für Soziologie (KIIS), 2. April 2020, <https://www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=928&page=1>

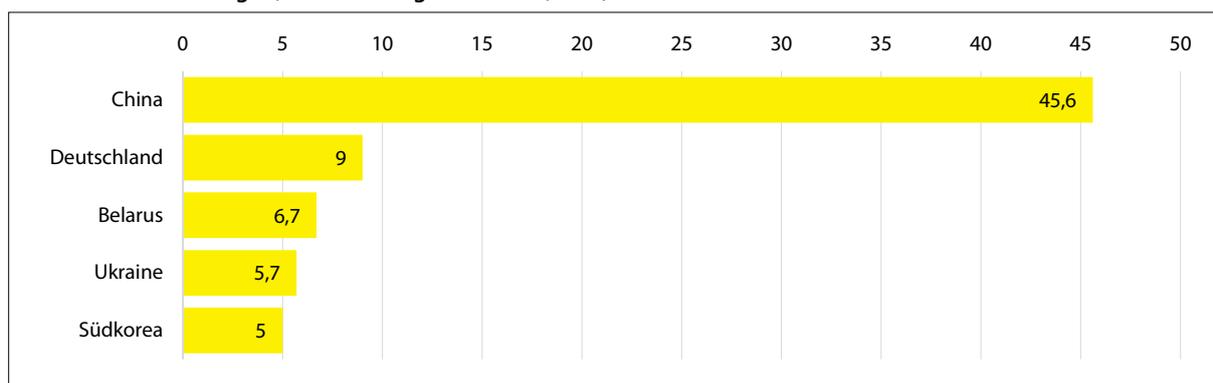
Grafik 6: Wovor haben Sie mehr Angst: Vor der Coronavirus-Epidemie in der Ukraine oder vor den wirtschaftlichen Auswirkungen der Quarantänebeschränkungen? (in %)



Anmerkung: Die repräsentative Umfrage wurde zwischen dem 27. – 30. März 2020 durchgeführt.

Quelle: Kiewer Internationales Institut für Soziologie (KIIS), 2. April 2020, <https://www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=928&page=1>

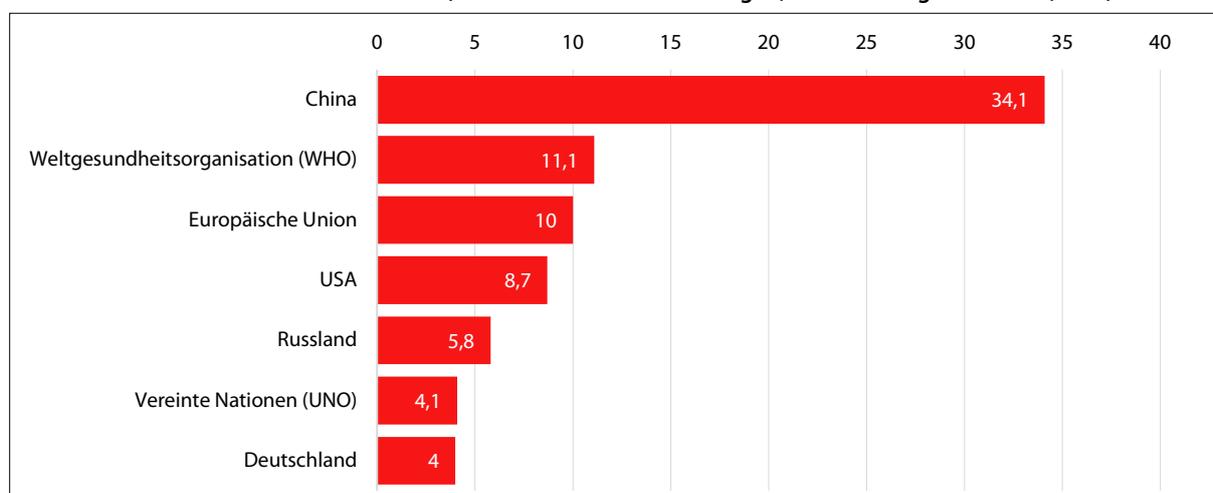
Grafik 7: Welchen Ländern gelingt der Umgang mit der Coronavirus-Pandemie am besten? (nicht mehr als vier Nennungen, nur Nennungen über 4%, in %)



Anmerkung: Die repräsentative Umfrage wurde zwischen dem 27. – 30. März 2020 durchgeführt.

Quelle: Kiewer Internationales Institut für Soziologie (KIIS), 2. April 2020, <https://www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=928&page=1>

Grafik 8: Welche Staaten oder Organisationen können der Ukraine bei der Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie am effektivsten helfen? (Nicht mehr als drei Nennungen, nur Nennungen über 4%, in %)



Anmerkung: Die repräsentative Umfrage wurde zwischen dem 27. – 30. März 2020 durchgeführt.

Quelle: Kiewer Internationales Institut für Soziologie (KIIS), 2. April 2020, <https://www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=928&page=1>

Covid-19-Chronik, 24. März – 22. April 2020

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	Ereignis
24.03.2020	97/3	Premierminister Denys Schmyhal gibt im Fernsehen bekannt, dass die Regierung einen Stabilisierungsfonds von umgerechnet etwa 6,7 Milliarden Euro einrichten werde, um Rentner sowie Bürger zu unterstützen, die aufgrund der Quarantäne ihren Arbeitsplatz oder ihr Einkommen verloren haben.
25.03.2020	145/5	Das Ministerkabinett verhängt den Ausnahmezustand über das Land. Die landesweite Quarantäne wird bis zum 24. April verlängert. Darüber hinaus ordnet die Regierung an, dass alle Gebäude, Bürgersteige und Straßen desinfiziert werden müssen und gefährdete soziale Gruppen von Sozialdiensten und Bürger- und Freiwilligenorganisationen unterstützt werden sollen.
26.03.2020	196/5	Der Gesundheitsminister der Ukraine, Illja Jemez, sagt, dass das ukrainische Gesundheitssystem einer Pandemie nicht gewachsen sei und gibt die Einrichtung eines Coronavirus-Krisenstabs im Gesundheitsministerium unter der Leitung des ukrainischen Chef-Sanitärspektors Wiktor Ljaschko bekannt.
26.03.2020		Laut ukrainischem Außenministerium sind mit diplomatischer Unterstützung 82.804 ukrainische Staatsbürger seit Beginn der Quarantäne in die Ukraine zurückgekehrt. Die Rückkehrer werden auf Covid-19 untersucht und müssen nach Ankunft für 14 Tage in Isolation.
26.03.2020		Die UNO stellt 33 Millionen US-Dollar für die Bekämpfung des Coronavirus im Osten der Ukraine bereit.
26.03.2020		Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj gibt am Abend bekannt, dass die Grenzen um Mitternacht des nächsten Tages geschlossen werden, alle Passagierdienste werden ebenfalls eingestellt.
27.03.2020	310/5	Nach der Ankündigung von Präsident Selenskyj strömen Tausende in Polen beschäftigte Ukrainer an die Grenzen, um in die Ukraine zurückzukehren, was zu großen Menschenmengen und langen Schlangen an den noch geöffneten Grenzübergängen führt.
27.03.2020		In der Nacht vom 27. auf den 28. März werden um Mitternacht die ukrainischen Grenzen für den Flug-, Bus- und Zugverkehr geschlossen.
27.03.2020		Laut der ukrainischen Ombudsfrau für Menschenrechte, Ljudmyla Denysowa, gibt es mindestens 150 mögliche Covid-19-Fälle in den »Volksrepubliken« im Donbas. Die Menschen werden dort nicht auf das Coronavirus getestet, was es unmöglich mache, die Verbreitung von Covid-19 auf diesen Gebieten zu kontrollieren.
27.03.2020		Die ukrainische Industrie- und Handelskammer schätzt, dass aufgrund der Coronavirus-Pandemie zwischen 500.000 – 700.000 Menschen in der Ukraine ihre Arbeit verloren haben. Dabei handelt es sich vorwiegend um Menschen in inoffiziellen Beschäftigungsverhältnissen.
29.03.2020	475/10	In Kiew treffen 300.000 Atemschutzgeräte, 35.000 Schutzbekleidungen, 1,8 Millionen medizinische Masken und andere Schutzausrüstung im Rahmen der humanitären Hilfe aus China ein.
30.03.2020	548/13	Das ukrainische Parlament entlässt Gesundheitsminister Illja Jemez (zusammen mit Finanzminister Ihor Umanskyj) nur 26 Tage nach dessen Ernennung. Hintergrund ist unter anderem die Kritik an seinem Vorgehen gegen die Ausbreitung des Coronavirus. Zu seinem Nachfolger wird Maxym Stepanow ernannt. Stepanow (Jahrgang 1975) ist studierter Mediziner und wurde bereits früher als Gesundheitsminister gehandelt.
30.03.2020		In erster Lesung verabschiedet das Parlament das sog. »Anti-Kolomojskyj-Gesetz«, das die Rückgabe verstaatlichter Banken an ihre ehemaligen Eigentümer, darunter viele Oligarchen, verbietet. Die Verabschiedung des Gesetzes ist die letzte Voraussetzung für einen neuen IWF-Hilfskredit i. H. v. rund 10 Mrd. US-Dollar, darunter 4,5 Mrd. US-Dollar für die Bekämpfung der Covid-19-Pandemie.
30.03.2020		Das Ministerkabinett rechnet mit einem Rückgang des BIP im laufenden Jahr um 3,9 Prozent.

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	Ereignis
31.03.2020	645/17	Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts <i>Info Sapiens</i> sind 60 Prozent der Ukrainer finanziell vom wirtschaftlichen Stillstand betroffen. 38 Prozent der Befragten berichten über Einkommenseinbußen, 16 Prozent über einen vollständigen Einkommensverlust und 14 Prozent über den Verlust ihres Arbeitsplatzes.
01.04.2020	794/20	Aus China trifft ein weiteres Flugzeug mit medizinischer Hilfe ein, darunter sind 100.000 Testsysteme.
01.04.2020		Laut einer Umfrage des <i>Rating</i> -Instituts haben 56 Prozent der Ukrainer ihre Bewegungsfreiheit eingeschränkt und bleiben zu Hause. 35 Prozent schränkten ihre Bewegungsfreiheit teilweise ein, während 9 Prozent keine Beschränkungen einführten. 52 Prozent der Befragten gaben an, dass sie bereit wären, fünf und mehr Tage zu Hause zu bleiben, ohne das Haus zu verlassen, wenn solche Beschränkungen eingeführt würden.
01.04.2020		Präsident Wolodymyr Selenskyj verspricht in einer Botschaft an die Nation soziale Sicherungsmaßnahmen und neue Jobs nach dem Ende der Coronakrise und fordert die Menschen dazu auf, die Quarantänemaßnahmen zu befolgen und weiterhin zuhause zu bleiben.
03.04.2020	1.072/27	Premierminister Denys Schmyhal gibt bekannt, dass die Quarantänemaßnahmen ab dem 6. April verschärft werden. Ab dann sind in der Öffentlichkeit Treffen von mehr als zwei Personen verboten (eigene Kinder sind davon ausgenommen und Kinder unter 14 Jahren dürfen sich nicht ohne Eltern an öffentlichen Orten aufhalten). Spielplätze, Parks, Plätze, Erholungsgebiete, Waldparks oder Küstengebiete dürfen nicht mehr besucht werden; der Aufenthalt im Freien ohne Dokumente wird untersagt und auch der Busverkehr wird eingestellt.
04.04.2020	1.225/32	Der Kiewer Bürgermeister Witalij Klitschko schätzt, dass alleine in Kiew etwa 500.000 Menschen unbezahlten Urlaub nehmen mussten und fürchtet, dass die Mehrzahl schon in wenigen Wochen kein Geld mehr haben werde.
06.04.2020	1.319/38	Zwölf ukrainische Fernsehsender beginnen mit der Ausstrahlung von Schulunterricht. Die Sendungen laufen von Montag bis Freitag ab 10 Uhr morgens und umfassen bis zu fünf Unterrichtsstunden pro Tag.
06.04.2020		Von heute an müssen alle Menschen in der Öffentlichkeit Schutzmasken tragen.
07.04.2020	1.462/45	Das Ministerium für Digitale Transformation führt eine Smartphone-App zur Erfassung von Personen ein, die sich in Selbstisolation befinden.
08.04.2020	1.668/52	Premierminister Denys Schmyhal gibt bekannt, dass die Quarantänemaßnahmen vermutlich bis Anfang Mai verlängert werden.
09.04.2020	1.892/57	Das Gesundheitsministerium gibt bekannt, dass bis heute 20.603 Tests auf Covid-19 durchgeführt wurden.
10.04.2020	2.203/69	Gesundheitsminister Maxym Stepanow zufolge sind 334 im medizinischen Sektor tätige Personen an Covid-19 erkrankt, das entspricht rund 15 Prozent aller Infizierten in der Ukraine.
10.04.2020		In einer weiteren Rede an die Nation, die im Fernsehen übertragen wird, kündigt Präsident Wolodymyr Selenskyj unter anderem Hilfen für die Lehrer in der Ukraine an und stellt die zuletzt von der Regierung erlassenen Hilfen vor.
11.04.2020	2.513/73	Premierminister Denys Schmyhal stellt eine Strategie zur schrittweisen Lockerung der Quarantänemaßnahmen vor. Die Ausnahmesituation werde bis Anfang Mai andauern, danach sollen die Menschen wieder an die Arbeit gehen, 500.000 neue Jobs sollen geschaffen werden, kleine und mittlere Unternehmen sollen mit Krediten unterstützt werden, der Nahverkehr schrittweise wieder aufgenommen werden.
11.04.2020		Die Zahl der genesenen Covid-19-Patienten in der Ukraine (79 Personen) übersteigt erstmals die Zahl der Todesfälle (73).

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	Ereignis
13.04.2020	3.102/93	In einer Sondersitzung der Werchowna Rada wird aufgrund der Coronakrise ein Nachtragshaushalt verabschiedet. Die Regierung rechnet für das laufende Jahr mit einem Einbruch des Bruttoinlandsprodukts um 3,9 Prozent, steigender Arbeitslosigkeit, einem Lohnrückgang sowie einer Währungsentwertung. Da große Teile der Wirtschaft für zwei Monate nahezu stillgelegt werden, wird mit 4,3 Milliarden US-Dollar niedrigeren Steuereinnahmen gerechnet. Zur Abmilderung der Coronakrise werden das Budgetdefizit auf 11 Mrd. US-Dollar erhöht und die Staatsausgaben um 1,1 Milliarden US-Dollar gesteigert, wodurch hauptsächlich höhere Gehälter für medizinisches Personal gezahlt, die Renten erhöht und sowie medizinische Geräte finanziert werden sollen.
13.04.2020		Die Kiewer Behörden stellen das zur Orthodoxen Kirche Moskauer Patriarchat gehörende Kiewer Höhlenkloster unter Quarantäne. Unter den Geistlichen wurden 90 Fälle von Covid-19 bestätigt, zwei Personen starben.
14.04.2020	3.372/98	Präsident Wolodymyr Selenskyj fordert die Bevölkerung dazu auf, über die Osterfeiertage zuhause zu bleiben und auch nicht in die Kirchen zu gehen. Es werde spezielle Fernsehübertragungen der Ostermessen geben, so Selenskyj. Auch die Orthodoxe Kirche der Ukraine sowie die Ukrainisch-Griechische Katholische Kirche haben ihre Anhänger dazu aufgerufen, zuhause zu bleiben. Die Orthodoxe Kirche Moskauer Patriarchat hingegen spricht keinen Aufruf, zuhause zu bleiben, aus.
16.04.2020	4.161/116	Die Industrie- und Handelskammer teilt mit, dass die Arbeitslosenzahlen in den letzten vier Wochen um mehr als eine Millionen Menschen auf schätzungsweise 2,5 – 2,8 Millionen Arbeitslose gestiegen seien. Gleichzeitig, so die Nationalbank, seien die offenen Stellen auf dem Arbeitsmarkt seit Beginn der Quarantäne um die Hälfte zurückgegangen.
16.04.2020		Alle Passagiere und Fahrer müssen sich nun an allen Ein- und Ausreisepunkten in Kiew einer Kontrolle ihrer Körpertemperatur unterziehen.
19.04.2020	5.559/141	Laut Polizeiangaben nehmen im ganzen Land knapp 130.000 Menschen an Ostergottesdiensten im ganzen Land teil. Viele Kirchen hielten Gottesdienste hinter verschlossenen Türen ab.
20.04.2020	5.710/151	Premierminister Denys Schmyhal geht davon aus, dass die Zahl der Coronavirus-Fälle in der Ukraine voraussichtlich Anfang Mai ihren Höhepunkt erreichen werde.
22.04.2020	6.592/174	Ministerpräsident Denys Schmyhal kündigt die Verlängerung der geltenden Quarantänemaßnahmen bis zum 11. Mai an und äußert die Hoffnung, danach die Beschränkungen langsam lockern zu können.
22.04.2020		Präsident Wolodymyr Selenskyj gibt bekannt, dass die Europäische Kommission der Ukraine 1.2 Milliarden Euro an Makrofinanzhilfen im Kampf gegen Covid-19 bereitstellen werde.

*Quelle: Johns Hopkins Universität.

Zusammenstellung von Dr. Eduard Klein.

Chancen und Grenzen der Beteiligung der Zivilgesellschaft an der nationalen Klimapolitik der Ukraine

Von Larissa Donges, Unabhängiges Institut für Umweltfragen (UfU e.V.), Berlin und Yelyzaveta Aleksyeyeva, Environment-People-Law, Lwiw

DOI: [10.31205/UA.233.01](https://doi.org/10.31205/UA.233.01)

Zusammenfassung

Mit der Ratifizierung des Pariser Abkommens hat sich die Ukraine dazu verpflichtet, sich nationale Klimaziele zu setzen, die mit dem 1,5-Grad-Ziel in Einklang stehen. In diesem Prozess spielen ukrainische Nichtregierungsorganisationen (NGOs) eine entscheidende Rolle, denn sie engagieren sich für die notwendige Ambitionssteigerung und versuchen, die Politik dahingehend zu beeinflussen. Einige aktuelle Beispiele zeigen, dass NGOs bereits in die Entwicklung bestimmter klimabezogener Strategien, Programme und Pläne einbezogen werden und von einigen unterstützenden Strukturen profitieren. Es gibt jedoch noch viel Verbesserungspotenzial auf dem Weg zu einer tatsächlich partizipatorischen Klimapolitik.

Einleitung

Jüngste Analysen der NASA und der Nationalen Wetter- und Ozeanografiebehörde der Vereinigten Staaten (NOAA) zeigen, dass die Oberflächentemperaturen der Erde 2019 die wärmsten seit Beginn der modernen Aufzeichnungen im Jahr 1880 waren. Die Jahre 2015 bis 2019 waren die fünf wärmsten der letzten 140 Jahre. Doch so dringend der Handlungsbedarf ist, so ungenügend sind die bislang weltweit umgesetzten und geplanten Klimaschutzmaßnahmen.

Ende 2015 einigte sich die Ukraine gemeinsam mit 194 anderen Ländern darauf, die globale Erwärmung und ihre Folgen zu begrenzen und die nationalen Klimaziele (Nationally Determined Contributions, NDC) mit dem 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens in Einklang zu bringen. Nach der Vorlage seines ersten nationalen Klimaziels im Jahr 2015 muss die Ukraine in diesem Jahr aktualisierte und ehrgeizigere Ziele vorlegen. In diesem Prozess spielen die ukrainische Zivilgesellschaft und NGOs eine Schlüsselrolle. Sie agieren als »Wachhunde«, analysieren die bisher formulierten nationalen Klimaziele, fordern ehrgeizigere Pläne und Strategien sowie deren schnelle Umsetzung.

Die ukrainische Regierung hat sich bisher verpflichtet, ihre Emissionen bis 2030 mindestens um 40 Prozent im Vergleich zu 1990 zu senken. 1990 zählte die Ukraine weltweit jedoch zu den Ländern mit dem größten Emissionsausstoß. Dieses Ziel ist also ohne allzu großen Aufwand zu erreichen: Bereits 2017 stieß die Ukraine 66 Prozent weniger Treibhausgase als 1990 aus und überfüllte damit ihre Verpflichtungen. Weil diese Reduzierungen jedoch eher auf den Zusammenbruch der Sowjetunion, die Finanzkrise von 2009 und den Krieg im Donbas zurückgehen und nicht auf eine ehrgeizige Klimapolitik, werden die Klimaziele der Ukraine vom

Climate Action Tracker als »bedenklich unzureichend« bewertet. Ukrainische NGOs, vor allem das *Ukrainische Klimanetzwerk* (das 2000 gegründet wurde und 30 zivilgesellschaftliche Organisationen aus verschiedenen Regionen der Ukraine unter seinem Dach versammelt) sowie Mitglieder der *Koalition für 100 Prozent Erneuerbare Energien* versuchen, diese mangelhafte Klimapolitik öffentlich zu machen und sich am politischen Entscheidungsprozess zu beteiligen. Sie möchten die Entwicklung relevanter Dokumente und Strategien beeinflussen, etwa derzeit die neuen NDCs, bzw. haben sie sich in der Vergangenheit bereits in die Entwicklung der Energiestrategie für 2035 und die 2018 veröffentlichte Low Emission Development Strategy (LEDS) eingebracht. Doch inwieweit haben ukrainische NGOs die Möglichkeit, sich an Klimapolitik zu beteiligen? Welche rechtlichen Rahmenbedingungen schreiben die Einbeziehung der Zivilgesellschaft in klimapolitische Entscheidungsprozesse vor? Wie sieht die praktische Umsetzung dieser Rechte aus? Welche Hürden verhindern eine sinnvolle Partizipation von NGOs und wie können sie überwunden werden?

Diese Fragen haben das Unabhängige Institut für Umweltfragen und die Organisation Environment-People-Law im Rahmen des internationalen Projekts »Stärkung der Zivilgesellschaft bei der Umsetzung der nationalen Klimapolitik« untersucht. Gefördert wird das Projekt vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) im Rahmen der Internationalen Klimaschutzinitiative (IKI).

Das Recht auf Partizipation

Der rechtliche Rahmen für Öffentlichkeitsbeteiligung an umweltpolitischen Entscheidungen in der Ukraine ist komplex. Er besteht aus den jeweiligen Bestimmun-

gen der Aarhus-Konvention [offiziell: Übereinkommen über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten, Anm. d. Red.], der Gesetzgebung des (Umwelt-)Sektors zur Öffentlichkeitsbeteiligung an umweltrelevanten Entscheidungsprozessen auf verschiedenen Ebenen sowie aus den allgemeinen Gesetzen, die Öffentlichkeitsbeteiligung bei politischen Entscheidungsfindungen vorschreiben.

Der nationale Gesetzesrahmen geht ziemlich eindeutig und detailliert auf die Partizipation der Öffentlichkeit an spezifischen Projekten, Plänen und Programmen, die Auswirkungen auf die Umwelt haben können und daher Gegenstand der strategischen Umweltprüfung oder der Umweltverträglichkeitsprüfung sind, ein. In Bezug auf andere Bereiche der Umweltpolitik und andere Pläne, wie etwa einen Klimaaktionsplan, ist er jedoch wesentlich unspezifischer gehalten. Die Gesetze der Ukraine definieren oder erklären weder, was »Politik« bedeutet und welche Dokumente als »Politik« verstanden werden, noch machen sie Vorgaben für Öffentlichkeitsbeteiligung. Die Gesetze der Ukraine betrachten weder die nationalen Klimaziele noch den Nationalen Energie- und Klimaplan oder irgendein spezielles politisches oder planerisches Dokument, das mit dem Klimawandel zu tun hat, als Umweltpolitik und schreiben auch keine Öffentlichkeitsbeteiligung bei deren Entwicklung oder Überprüfung vor.

Auf der anderen Seite werden politische Dokumente in der Regel vom Parlament oder der Regierung verabschiedet und in diesem Zuge muss die Öffentlichkeit an ihrer Entwicklung beteiligt werden. Die beiden jüngsten Umweltstrategien, die (Strategie der) Hauptprinzipien der Nationalen Umweltpolitik der Ukraine bis zum Jahr 2020 (2010) und die (Strategie der) Hauptprinzipien der Nationalen Umweltpolitik der Ukraine bis zum Jahr 2030 (2019), wurden vom Parlament unter breiter Beteiligung der Öffentlichkeit verabschiedet.

Das ukrainische Gesetz zum Schutz der Umwelt (1991) sagt zwar nichts über die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Entwicklung der Umweltpolitik aus, es fordert jedoch, dass Ministerien und andere Regierungsstellen die Öffentlichkeit an der Entwicklung von Umweltprogrammen beteiligen sollen (Artikel 6). Sie sollen die Entwürfe von Umweltprogrammen veröffentlichen, damit die Zivilgesellschaft sich mit ihnen auseinandersetzen und sie bei öffentlichen Anhörungen kommentieren kann. Außerdem erlauben die Artikel 9 und 21 (über die Rechte von Bürgern und Umwelt-NGOs) die Beteiligung an der Entwicklung von Plänen und Programmen, die sich auf die Umwelt beziehen, sowie die Beteiligung an der Planung wichtiger rechtlicher Schritte zu Umweltfragen. Im Jahr 2003 verabschiedete das Umweltministerium mit seiner Verfügung #168 ein

Vorgehen zur Beteiligung der Öffentlichkeit an diesen Prozessen. Dieses ist mittlerweile jedoch extrem veraltet und bezieht sich nur auf Entscheidungen des Ministeriums für Energie und Umweltschutz.

2010 verabschiedete die Regierung die Resolution des Ministerkabinetts der Ukraine Nr. 996 über die Sicherstellung der Öffentlichkeitsbeteiligung an der Entwicklung und Umsetzung aller Bereiche der nationalen staatlichen Politik. Daraufhin haben alle Ministerien (inklusive des Umweltministeriums) Öffentliche Beiräte gegründet, die als offizielle Kommunikations- und Konsultationskanäle zwischen Regierung und Zivilgesellschaft dienen sollen. Viele Vertreter von NGOs sehen diese jedoch eher als eine formale Möglichkeit an, die aber in der Realität wenig bewegt.

Die NGOs sitzen mit am Tisch

Der oben beschriebene rechtliche Rahmen stellt vor allem eine Grundlage für formale Teilnahmeverfahren dar; das Engagement der NGOs reicht allerdings über diese hinaus und wird von zahlreichen Aspekten beeinflusst. In der Ukraine haben die »Revolution auf Granit« von 1990, die »Orange Revolution« 2004 und die »Revolution der Würde« 2013/2014 den öffentlichen Raum und die Möglichkeiten für NGOs stark verändert. Zivilgesellschaft und NGOs haben ihre Präsenz in öffentlichen Diskursen und in der politischen Sphäre verstärkt und sind zu einer starken Triebkraft hinter den stattfindenden Reformen geworden. Ukrainische Nichtregierungs- und zivilgesellschaftliche Organisationen sind hauptsächlich auf die Demokratisierung und auf Menschenrechte fokussiert, doch auch Umwelt- und Klimathemen sind in den letzten Jahren immer wichtiger geworden, vor allem nach der Ratifizierung des Pariser Abkommens 2016. NGOs und Think-Tanks wie Ecoaction, Ecoclub Rivne, OPORA, Greencubator, DiXi Group und andere arbeiten zu Klimafragen, werden von der Regierung zunehmend stärker als kompetente Interessenvertreter respektiert und erhalten formelle und informelle Möglichkeiten, etwa klimarelevante Gesetzentwürfe, Strategien und Pläne zu kommentieren.

In diesem Zusammenhang beeinflusst auch der potenzielle EU-Beitritt die Möglichkeiten für zivilgesellschaftliche Organisationen sowie die Art der Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Staat stark. Unterzeichnete Verordnungen schreiben die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure vor und fördern Strukturen und Plattformen, die Partizipation ermöglichen. Um mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen und der EU zu kooperieren, sind 87 ukrainische NGOs Mitglieder des »Forums der Zivilgesellschaft im Rahmen der Östlichen Partnerschaft«, das 2008 von der Östlichen Partnerschaft gegründet wurde. Umweltorganisa-

tionen wie Environment-People-Law, Ecological Club Kray, Ecoaction und OPORA sind Teil dieses Forums und können sich über die Nationale Ukrainische Plattform oder innerhalb einer Arbeitsgruppe an den Themen Umwelt, Klimawandel und Energiesicherheit beteiligen.

Ein weiterer effektiver Mechanismus, der es NGOs ermöglicht, Klimapolitik auf lokaler Ebene zu beeinflussen, ist der EU-finanzierte Covenant of Mayor East. Er unterstützt Lokalbehörden bei der Umsetzung nachhaltiger Energiepolitik und bringt dafür eine große Bandbreite von Akteuren zusammen.

Auf nationaler Ebene kann die Zivilgesellschaft sich an der politischen Entscheidungsfindung über die Öffentlichen Beiräte oder über beratende Organe beteiligen, die jedes ukrainische Ministerium gemäß der Resolution Nr. 996 des Ministerkabinetts einrichten muss. Der Öffentliche Beirat, der bis zu den Wahlen 2019 vom Ministerium für Umwelt und Natürliche Ressourcen (jetzt Ministerium für Energie und Umweltschutz) geleitet wurde, wurde 1996 gegründet und soll die öffentliche Beteiligung an Umweltpolitik in Übereinstimmung mit der Aarhus-Konvention sicherstellen. 1999 wurde die zwischenstaatliche Organisation Inter-Agency Commission on Climate Change gegründet, in der das Ukrainische Klimanetzwerk die klimapolitisch aktive Zivilgesellschaft repräsentiert. Außerdem wurde die NGO-Koalition Reanimation Package of Reforms von NGOs, öffentlichen Aktivisten, Experten und Journalisten initiiert und stellt ein wichtiges Netzwerk zur Unterstützung politischer Reformen und zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Beteiligung dar, unter anderem auch mit Blick auf den Energiesektor, Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung.

Unterstützt von den genannten Strukturen und Plattformen haben es NGOs geschafft, mit am Tisch zu sitzen und Positionen in einige klimarelevante Prozesse auf nationaler Ebene einzubringen. Einige Akteure nahmen etwa an einer öffentlichen Anhörung teil und kommentierten den Plan zur Umsetzung der Klimawandelpolitik, der 2016 verabschiedet wurde. Der Nationale Plan zur Emissionsreduzierung (NERP), der 2017 beschlossen wurde, musste aufgrund des Engagements zivilgesellschaftlicher Akteure nachbearbeitet werden. An der Entwicklung der Low Emission Development Strategy (LEDS, 2018), waren NGOs im Rahmen eines Initiativentreffens beteiligt, außerdem wurden sie in ihrem Nachgang konsultiert. Einige NGOs waren auch formal an der Ausarbeitung des Nationalen Aktionsplans Erneuerbare Energien (NREAP) beteiligt. Um einen Nationalen Energie- und Klimaplan (NECP) zu entwickeln, der von der Europäischen Energieunion gefordert wird, wurde eine Arbeitsgruppe gegründet, die aus diversen Interessenvertretern sowie auch aus einigen NGOs besteht. Die derzeitige Erarbeitung der neuen

NDCs, die 2019 startete, scheint außerdem offener für die Zivilgesellschaft zu sein, als es bei der Entwicklung der ersten nationalen Klimaziele (INDCs) der Fall war. Eine Arbeitsgruppe, in der auch einige NGO-Vertreter sitzen, trifft sich seit 2019 regelmäßig, um neue nationale Klimaziele zu entwickeln. Die meisten NGOs kritisieren den Prozess jedoch als nicht ambitioniert genug und haben Anfang des Jahres einen detaillierten Klimapolitischen Fahrplan der Zivilgesellschaft 2030 präsentiert, den sie in die zukünftigen klimarelevanten politischen Prozesse einbringen werden.

Hürden und Herausforderungen

Ukrainische NGOs können zwar die oben genannten Möglichkeiten nutzen, um von politischen Entscheidungsträgern gehört zu werden, und haben ihre Lobbyarbeit in den letzten Jahren deutlich verbessert. Doch es gibt noch immer viele Hindernisse, die einer gleichberechtigten Zusammenarbeit und effektiven Beteiligung an der nationalen Klimapolitik im Wege stehen. Gehört zu werden, bedeutet nicht automatisch, dass sich Dinge wirklich ändern. Zahlreiche, von den Autorinnen geführte, Interviews mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und anderen nationalen Interessenvertretern machen grundlegende Hürden genauso wie spezifische Herausforderungen im rechtlichen, strukturellen und institutionellen Bereich sowie innerhalb konkreter Beteiligungsprozesse deutlich.

Vertreter der Zivilgesellschaft haben auf das grundlegende Problem hingewiesen, dass der politische Wille zum partizipatorischen Regieren – jenseits der rechtlich verpflichtenden formalen Beteiligung von NGOs – unter den Entscheidungsträgern auf höherer Ebene nicht besonders stark ist. Außerdem steht die Ukraine vor riesigen Korruptions- und Transparenzproblemen. Verglichen mit anderen Lobbygruppen haben die Umweltorganisationen zudem innerhalb der momentanen Machtstrukturen kein großes politisches Gewicht. Auf rechtlicher Ebene wurden weder die Aarhus-Konvention noch die Direktive 2003/35/EC des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Mai 2003 vollständig in nationales Recht umgesetzt. Dem Rahmen-Umweltgesetz (Ukrainisches Gesetz zum Schutz der Umwelt) fehlt eine klare rechtliche Basis zur Beteiligung von NGOs an umwelt- und klimapolitischen Entscheidungsprozessen. Mit Blick auf die politische und die strukturelle Ebene ist die sich aktuell noch vollziehende Neuorganisation von Verantwortlichkeiten nach den Parlamentswahlen eine Herausforderung. Vertreter von Lobbygruppen müssen neue Kontakte etablieren und kritisieren, dass eine ganzheitliche Betrachtung des Themas Klimaschutz genauso wie eine Konsolidierung der entsprechenden politischen Planungsprozesse, inklusive der nötigen Beteiligungsprozesse, kaum vorhanden ist oder vollständig fehlt. Wäh-

rend der konkreten Partizipationsprozesse wird das Fehlen verständlichen Informationsmaterials über die Themen und Prozesse selbst als Haupthindernis angesehen. Zudem fehlt während der Beteiligungsprozesse jeweils ein Überblick darüber, welche Stellungnahmen und Rückmeldungen von der Zivilgesellschaft abgegeben wurden. In vielen Fällen erfahren außerdem weder die Öffentlichkeit noch zivilgesellschaftliche Organisationen, inwiefern ihre Beiträge berücksichtigt oder warum sie abgewiesen wurden. Ein anderes Haupthindernis, das viele ukrainische NGOs davon abhält, sich regelmäßig in die Klimapolitik einzubringen, sind deren fehlende Kapazitäten auf verschiedenen Ebenen. Vor allem kleinere NGOs haben nicht genug Mitglieder, Freiwillige und Angestellte, um an relevanten Prozessen teilnehmen zu können. Oft fehlt auch Geld oder technisches Knowhow, um entscheidend etwas beitragen zu können.

Bedingungen und Möglichkeiten für Partizipation verbessern

Entsprechend der diversen Herausforderungen, müssen auch die Lösungsansätze, um Partizipation zu verbessern auf unterschiedlichen Ebenen gesucht werden. Eine grundlegende Voraussetzung für fruchtbare Partizipation ist der politische Wille hoher Entscheidungsträger. Die neue Regierung der Ukraine sollte die Beiträge der Zivilgesellschaft als Gewinn statt als Hindernis im politischen Prozess betrachten. Sie sollte freie Meinungsbildung und Transparenz fördern, um eine stärker auf Beratung basierende Demokratie zu ermöglichen. Auf rechtlicher Ebene ist von grundlegender Bedeutung, dass die Artikel 9 und 21 des Gesetzes der Ukraine über den Schutz der Umwelt geändert werden und dass internationale Vorgaben zur Öffentlichkeitsbeteiligung während der Entwicklung klimarelevanter Strategien, Pläne und Programme auf nationaler Ebene umgesetzt werden. Darüber hinaus sollten die nationalen Gesetze überarbeitet werden, um eine rechtliche Verpflichtung zur zeitnahen und umfassenden Information der Öffentlichkeit über die Entwicklung klimarelevanter Pläne, Programme und Strategien einzuführen. Neue Gesetze sollten offizielle Stellen verpflichten, über den Beginn von Entscheidungsprozessen sowie über daraus resultierende Ergebnisse in gut zugänglicher Weise zu informieren. Was strukturelle Verbesserungsmöglichkeiten angeht, so sollte der neue Minister für Energie und Umweltschutz der Ukraine von Anfang an die Zusammenarbeit mit anderen wichtigen Ministerien, Behörden und der Wissenschaft verbessern, um eine partizipatorische Klimapolitik zu fördern. Langfristige Strukturen zur Partizipation sollten genauso eingerichtet werden wie die finanzielle Unterstützung solcher Prozesse. Im Hinblick auf konkrete Partizipationsprozesse, etwa die Entwicklung von Klimastrategien und Aktionsplänen, wurden zahlreiche Verbesserungsmög-

lichkeiten ausgemacht: Da Partizipation von verschiedenen Perspektiven und Erfahrungen profitiert, sollte eine große Bandbreite von NGOs von der lokalen bis zur nationalen Ebene einbezogen werden. Auch eine detaillierte Auflistung der Interessenvertreter kann nützlich sein, um einen Überblick über vorhandene Kompetenzen zu bekommen und zu vermeiden, dass nur große und bekannte Akteure eingeladen werden. Zu Beginn sollten Format und Ziel der Beteiligung klar kommuniziert werden, um Missverständnisse zu verhindern. Darüber hinaus ist von grundlegender Bedeutung, dass verständliche Informationen über den geplanten Prozess sowie die Themen, die diskutiert werden sollen, frühzeitig zur Verfügung gestellt werden. Dazu sollte eine Online-Plattform eingerichtet werden, die auch Feedback-Tools und Online-Beratung vorsieht, um einen fairen und transparenten Auswertungsprozess der unterbreiteten Empfehlungen zu ermöglichen. Letztlich ist auch eine kontinuierliche Weiterbildung, sowohl der NGOs als auch der Regierungsvertreter wichtig, damit diese sich langfristig Wissen aneignen können, wie sie sich wirksam in Klimapolitik einbringen können bzw. sinnvolle Beteiligungsprozesse gestalten können.

Fazit

Die Umweltorganisationen, die sich neben ihren sonstigen Aktivitäten auch an Prozessen der nationalen Klimapolitik beteiligen, sind in der Ukraine immer noch eine relativ kleine Gruppe. Sie werden jedoch zunehmend stärker und sind immer besser organisiert. Ihr Engagement ist von großer Bedeutung für die Entwicklung von Klimazielen und Maßnahmen, die helfen können, das Pariser Abkommen zu erfüllen und über eine nachhaltige Energiepolitik auch die Abhängigkeit von Russland zu reduzieren. NGOs profitieren bereits von einigen Partizipationsrechten und konkreten Möglichkeiten, sich einzubringen. Der vorhandene Rahmen und die vorhandenen Angebote erfüllen die Anforderungen der Aarhus-Konvention, die die Ukraine 1999 ratifiziert hat, jedoch noch nicht. Ziel der neuen Regierung sollte es sein, die Aarhus-Konvention vollständig umzusetzen und die Partizipationsrechte der NGOs sowie deren konkrete Beteiligungsmöglichkeiten in Klimafragen zu stärken. Die Perspektiven und Kompetenzen der Zivilgesellschaft sollten einbezogen werden, wenn es an die nächsten Schritte geht – die Entwicklung des von der EU geforderten Nationalen Energie- und Klimaplanes (NECP), die Umsetzung konkreter Klimaschutzmaßnahmen und anschließend die Vorlage der überarbeiteten nationalen Klimaziele bis 2025.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

Informationen über die Autorinnen und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Über die Autoren

Larissa Donges arbeitet als Projektleiterin im Fachgebiet Umweltrecht und Partizipation am Unabhängigen Institut für Umweltfragen in Berlin. Sie beschäftigt sich insbesondere mit Partizipationsrechten und Beteiligungsmöglichkeiten der ukrainischen und georgischen Zivilgesellschaft innerhalb ihrer jeweiligen nationalen Klimapolitik.

Yelyzaveta Aleksyeyeva ist Juristin und arbeitet für die Organisation Environment–People–Law in Lwiw. Sie ist auf Fragen der Umsetzung von internationalen Abkommen zum Umweltschutz und zu europäischen Menschenrechtsstandards in der Ukraine spezialisiert.

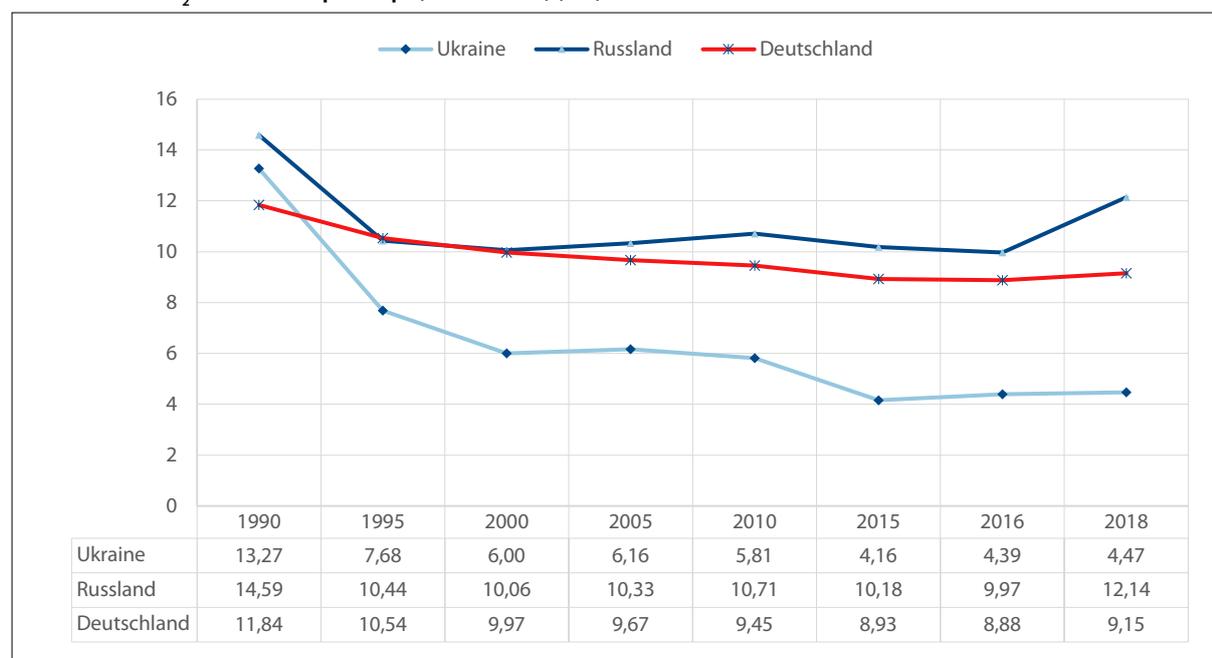
Lesetipps

- Council of Europe. (2016). Civil Participation in Decision Making in the Eastern Partnership Countries. Part One: Laws and Policies, <https://rm.coe.int/coe-civpart-book-part-2-web-new/1680713e2b>.
- Council of Europe. (2016). Civil Participation in Decision Making in the Eastern Partnership Countries. Part Two: Practice and Implementation, <https://rm.coe.int/coe-civpart-book-part-2-web-new/1680713e2b>.
- Ukrainian Climate Network. (2019). Ukrainian Climate Network: history and trends until 2020, <http://climategroup.org.ua/wp-content/uploads/2017/02/UCN-brochure-eng.pdf>.
- Heinrich-Böll-Stiftung (2019). Fact Sheet “Ukraine and EU: Towards a decarbonisation partnership”, <https://ua.boell.org/en/2020/01/24/ukraine-and-eu-towards-decarbonisation-partnership>.

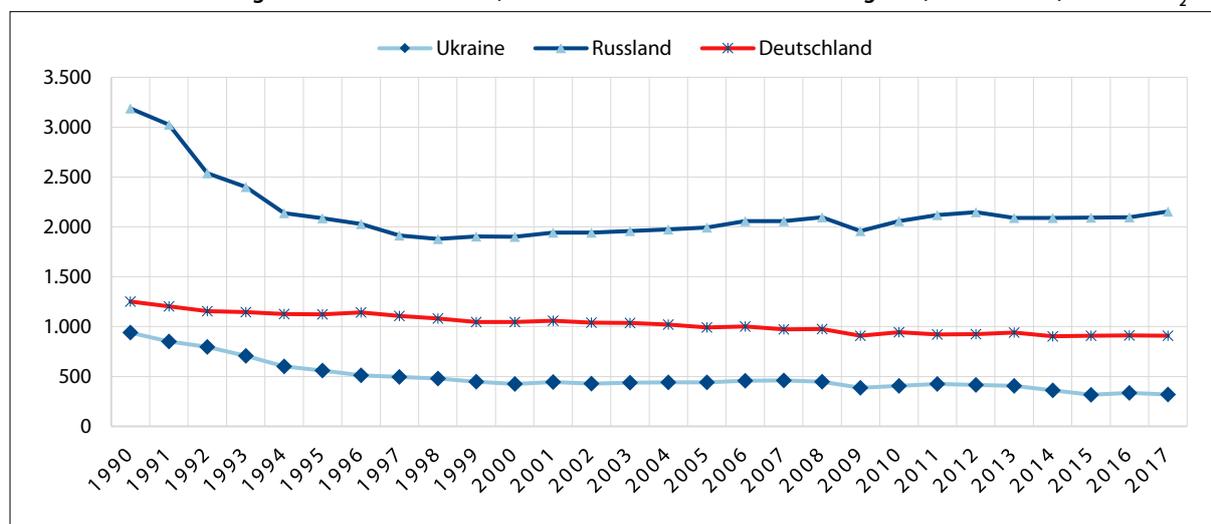
STATISTIK

Treibhausgasemissionen

Grafik 1: CO₂-Emissionen pro Kopf (1990 – 2018) (in t)



Quelle: Wikipedia, Liste der Länder nach CO₂-Emission pro Kopf, https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_L%C3%A4nder_nach_CO2-Emission_pro_Kopf.

Grafik 2: Treibhausgas-Ausstoß der Ukraine, Russlands und Deutschlands im Vergleich, 1990 – 2017 (in Mio. t. CO₂-eq)


	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Ukraine	939	852	798	707	602	559	512	497	478	447
Russland	3.187	3.024	2.537	2.399	2.137	2.085	2.030	1.913	1.879	1.905
Deutschland	1.251	1.204	1.154	1.145	1.126	1.123	1.141	1.106	1.081	1.047

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Ukraine	426	444	429	438	441	440	458	461	449	388
Russland	1.901	1.942	1.942	1.959	1.973	1.994	2.057	2.058	2.097	1.960
Deutschland	1.045	1.060	1.039	1.036	1.019	993	1.001	974	976	908

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Ukraine	405	426	415	407	360	317	335	321
Russland	2.058	2.120	2.146	2.091	2.089	2.094	2.097	2.155
Deutschland	943	920	925	942	903	907	911	907

Quelle: Climate Action Tracker, <https://climateactiontracker.org/countries/ukraine/>.

DOKUMENTATION

Die Ukraine im World Press Freedom Index 2020

Die Organisation Reporter ohne Grenzen (ROG) veröffentlichte am 21.04.2020 ihren jährlichen Bericht zum Stand der Pressefreiheit in der Welt. Die Ukraine macht im Vergleich zum Vorjahr sechs Plätze gut und kommt auf Rang 96, die höchste Platzierung seit Jahren. Dennoch gebe es viele Probleme bezüglich der Pressefreiheit im Land und die Ukraine stehe am Scheideweg, so die Einschätzung von ROG. Erst Mitte April kritisierte ROG, dass im Rahmen der Berichterstattung zur Covid-19-Pandemie in der Ukraine journalistische Berichterstattung erschwert sei und Journalisten mehrfach attackiert wurden.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

Statement von Reporter ohne Grenzen zur aktuellen Lage der Pressefreiheit in der Ukraine:

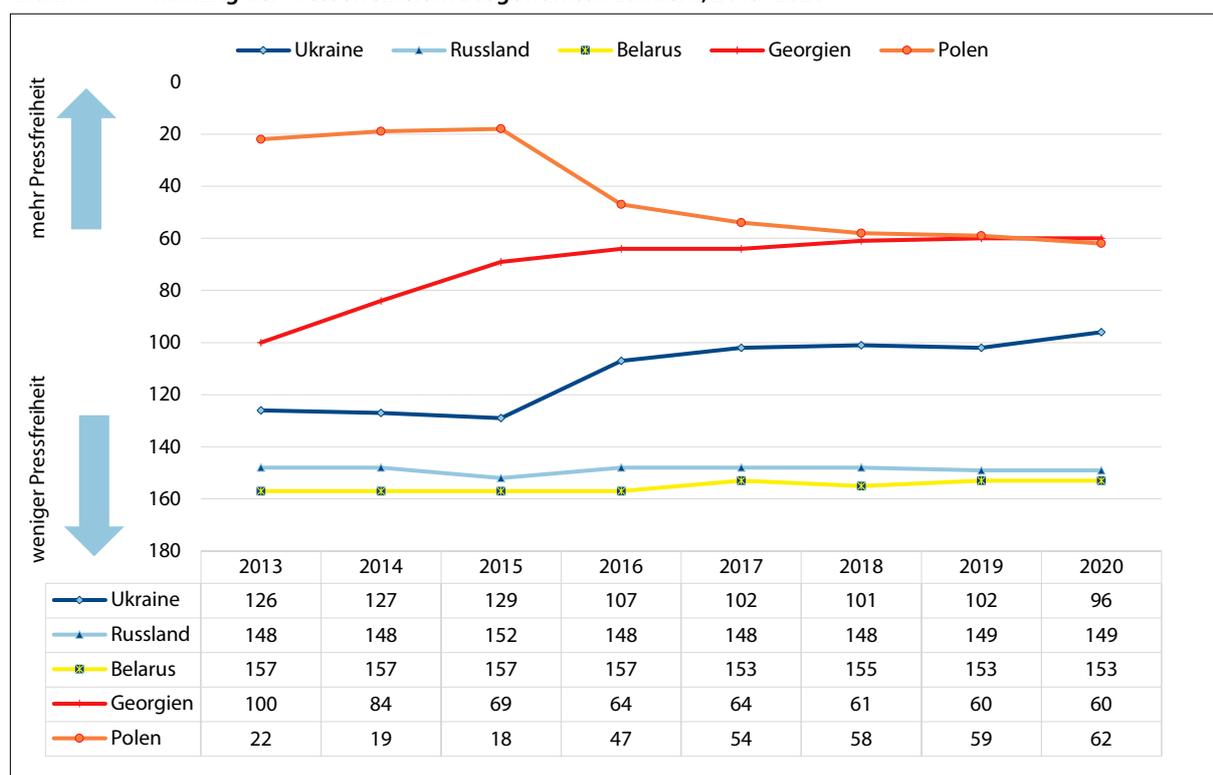
At the crossroads

Ukraine has a diversified media landscape and its authorities have adopted a number of long-awaited reforms since the 2014 revolution, including a law on media ownership transparency. However, these gains are fragile, as the new independent public broadcaster's under-financing has shown. Much more is needed to loosen the oligarchs' tight grip on the media, encourage editorial independence and combat impunity for crimes of violence against journalists. "Information warfare" with Russia has had negative consequences that include bans on Russian media and social media, the blacklisting of foreign journalists and treason trials.

The change of government and the hopes raised by Volodymyr Zelensky's election as president have not as yet reduced the threats and attacks against journalists. The victims include Vadym Komarov, an investigative reporter who was fatally injured when attacked and beaten in May 2019 in the centre of Cherkasy, 180 km southeast of Kiev. Concern continues to focus on access to information, news manipulation, violations of the confidentiality of sources, cyber-attacks, and excesses in the fight against fake news (including a proposed anti-disinformation law that would threaten press freedom). The separatist-controlled east of the country is still a no-go area without critical journalists or foreign observers.

Quelle: Website von Reporter ohne Grenzen, <https://rsf.org/en/ukraine>.

Grafik 1: Ranking der Pressefreiheit in ausgewählten Ländern, 2013–2020



Quelle: Website von Reporter ohne Grenzen, <https://rsf.org/en/ukraine>.

Wave of attacks on reporters covering coronavirus lockdown in Ukraine

After a wave of physical attacks or other acts of intimidation or obstruction of journalists covering the coronavirus lockdown in Ukraine, Reporters Without Borders (RSF) calls on the authorities to guarantee the safety of media personnel and to ensure that they are able to report on the coronavirus epidemic.

The latest targets include Alla Zhiznevskaya, a young ZIK TV reporter, and her crew, who were covering the lockdown in Kiev on 2 April when they were attacked by several men upset by the restrictions imposed during the quarantine. One of the assailants, who physically attacked Zhiznevskaya, was placed under house arrest on 7 April, but this has been the only arrest in the ten or so incidents targeting journalists since the lockdown was declared in Ukraine.

“The coronavirus crisis is being accompanied by an additional danger for Ukraine’s journalists, who have become a favourite target for the discontent of some members of the public,” said Jeanne Cavalier, the head of RSF’s Eastern Europe and Central Asia desk.

“At the same time, it is disturbing to see local authorities using the lockdown to limit or control the media’s access to information that is of general interest. Access to information and journalists’ safety must be guaranteed, now more than ever. We deplore the lack of any reaction from President Zelensky and his government.”

All of the attacks against journalists have taken place in public and have been carried out by persons who clearly disagreed with the lockdown and mistrusted the media, which have received little support or protection from the authorities.

The latest victims also include *Espresso TV* reporter **Dina Zelenskaya** and her crew, who were doing a story on compliance with the lockdown by restaurants in Kiev on 2 April when they were attacked by a man who threw the crew’s camera and Zelenskaya’s phone into the River Dnieper.

In the western city of Chernivtsi, **Galina Eremitsa**, a reporter for the local news website *Chernivtsi.Online*, was attacked on 30 March by two Russian Orthodox worshippers who tried to break her camera. In the northwestern city of Lviv, a *Pershiy Zakhiniy TV* crew were filming in a store on 27 March when they were locked inside by the store’s owner. In the nearby Krasiliv region, a *NewsOne TV* reporter’s arm was broken by a face mask vendor on 25 March.

There have also been cases of harassment and obstruction not involving violence. Security guards prevented *RFE/RL* journalists from filming outside the Kiev Monastery of the Caves on 19 March. When *Hromadske TV* reporter **Alina Sheremeta** was filming at a store near the capital on 24 March, she was insulted and followed by a man.

Local authorities have used the lockdown as a pretext for denying some journalists access to meetings that are supposed to be public. This is the case in the east-central city of Kryvyi Rih, where the authorities have prevented independent media outlets from attending municipal council meetings “because of the quarantine” although the city’s own media were allowed to attend.

In the southern city of Nova Kakhovka, journalists were made to leave a council meeting on public health grounds when the council voted on its budget. In the nearby town Kakhovka, only two media outlets were allowed to attend a council meeting, while no media were allowed to attend a council meeting in the nearby village of Lyubimivka.

Quelle: *Reporter ohne Grenzen*, 10.04.2020, <https://rsf.org/en/news/wave-attacks-reporters-covering-coronavirus-lockdown-ukraine>.

2020 Annual Report by the partner organisations to the Council of Europe Platform to Promote the Protection of Journalism and Safety of Journalists (Ausschnitt)

Ukraine

A worrying number of cases of violence against journalists in Ukraine leading to injuries were reported in 2019. As of end of 2019 there were 10 active alerts on Ukraine, not including the regions of Crimea and Donbass which are outside the Ukrainian government’s control. 11 alerts were submitted to the Platform in 2019. Ukraine has responded to all but one alert.

In 2019, presidential and parliamentary elections took place in Ukraine. According to the OSCE, private media outlets showed clear biases toward certain candidates in both the presidential and parliamentary elections.

In several instances, politicians and public figures were behind the attacks. On 20 June 2019, investigative reporter Vadym Komarov died from injuries following a vicious attack that left him in a coma. The attack came the day after he announced he would publish material showing that two city councillors were involved in extortion. In their reply to the Platform, the Ukrainian authorities said that “all investigative measures” were being taken to identify the perpetrators, but no suspects have been identified to date. There was also a rise in the number of physical attacks against women journalists: according to the National Union of Journalists, as many as 28 women were victims of physical attacks in the first 10 months of 2019.

None of those responsible for the deaths of the eight journalists killed in Ukraine since 1992 have so far been brought to justice. The Partner organisations await progress following the announcement of the arrest of five suspects in relation to the 2016 killing of Pavel Sheremet.

Of the 10 alerts filed on Ukraine in 2019, at least four related to incidents reportedly perpetrated by far-right extremist groups. In June and July, four suspects—at least one of whom is reported to have links to far-right extremism—were identified in the investigation into the life-threatening attack on Vadim Makaryuk. The suspects were placed under house arrest until mid-September, at which point their periods of detention ended. On 15 September, one of the suspects was pictured chatting and drinking coffee with police officers in Kharkiv.

Crimea and eastern Ukraine¹

The fact that comparatively few alerts were recorded last year in Crimea does not indicate any lessening of the stifling of media freedom in the region, but rather the difficulty in verifying information in the area.

Two new alerts that relate specifically to threats to media freedom in Crimea were posted to the Platform in 2019. They concern four cases of ethnic Crimean Tatar journalists who were arrested on terrorism-related charges. Both alerts were filed under Ukraine. However, given that the Ukrainian authorities have no effective control over the territory, the partner organisations saw it necessary to highlight separately the conditions for independent media outlets working in territory de facto controlled by the Russian Federation.

The fact that comparatively few alerts were recorded last year in Crimea does not indicate any lessening of the stifling of media freedom in the region, but rather the difficulty in verifying information in the area.

The four detained journalists are Nariman Memedeminov, Osman Arifmemetov, Remzi Bekirov and Rustem Sheikhaliev. Memedeminov, known as the founding father of civic journalism in Crimea, was detained in March 2018, but the partner organisations were not aware of his case until October 2019 when a military court in the Russian city of Rostov-on-Don sentenced the journalist to two years and six months in prison. Osman Arifmemetov, Remzi Bekirov and Rustem Sheikhaliev have been awaiting trial since their arrest on 27 March 2019.

The four journalists reported on human rights violations by Russian authorities in Crimea and on Crimea's indigenous Crimean Tatar population. The Russian authorities have prosecuted them for their alleged links to "Hizb ut-Tahrir", an Islamist group that operates legally in Ukraine but is considered a terrorist organisation in the Russian Federation. Arifmemetov, Bekirov and Sheikhaliev face prison terms of up to 20 years if convicted.

Following the Russian Federation's 2014 annexation of Crimea, the authorities passed a law requiring media outlets to register with the media regulator Roskomnadzor, imposing severe penalties for those continuing to broadcast without registration. Most Crimean Tatar-language media outlets were not given licenses despite submitting multiple applications. The number of media outlets in Crimea has shrunk by more than 90% since the annexation, and Russian authorities have restricted access to Ukrainian TV and other media outlets.

The Russian-backed separatists in eastern Ukraine also maintained harsh controls over free speech. In August 2019, members of the self-proclaimed Donetsk People's Republic handed the Ukrainian journalist Stanyslav Aseev, detained since June 2017, a prison sentence of 15 years after finding him guilty of "espionage, extremism, and public calls to violate the territory's integrity".

The Ukrainian authorities condemned Aseev's detention. On 29 December 2019, Aseev was released as part of a prisoner exchange between Ukraine and the Russian Federation.

Quelle: Council of Europe: Hands off press freedom: Attacks on media in Europe must not become a new normal, March 2020, <https://rm.coe.int/annual-report-en-final-23-april-2020/16809e39dd>.

¹ Areas in Luhansk and Donetsk regions, not controlled by the Ukrainian government.

21. März – 25. April 2020

21.03.2020	Die Soziologin Irina Bekeschkina, Direktorin des renommierten Think Tanks Stiftung Demokratische Initiative und eine der national und international bekanntesten Analytistinnen des Landes, stirbt mit 68 Jahren in Kiew.
24.03.2020	Ein Gericht in Krakau verurteilt drei Polen wegen eines Brandanschlags auf ein ungarisches Kulturzentrum in der Westukraine im Februar 2019. Der Drahtzieher, Michal Prokopowicz, erhält eine Gefängnisstrafe von drei Jahren, Tomasz Rafal Szymkowiak wird zu zwei Jahren Haft verurteilt und Adrian Marglewski, der mit den Ermittlern zusammenarbeitete, erhält eine zweijährige Bewährungsstrafe. Prokopowicz ist Mitglied einer ultrarechten, pro-russischen Partei in Polen und Szymkowiak und Marglewski gehören der neofaschistischen Falanga-Gruppe an, von denen einige Mitglieder auf Seiten der pro-russischen Separatisten in der Ostukraine gekämpft haben. Prokopowicz sagte vor Gericht aus, dass er Anweisungen und Geld für den Brandanschlag von Manuel Ochseneiter erhalten habe. Ochseneiter ist in europäischen rechten Kreisen bekannt und war unter anderem als Mitarbeiter eines Abgeordneten der Alternative für Deutschland (AfD) tätig.
25.03.2020	Der frühere ukrainische Außenminister Leonid Koschara (2012–2014) wird wegen Mordverdachts am Geschäftsmann Serhij Staryzkyj von der Polizei festgenommen. Staryzkyj, ehemaliger Chef des vom Oligarchen Dmytro Firtasch kontrollierten TV-Senders Inter, wurde am 21. Februar im Haus von Koschara in der Nähe von Kiew tot aufgefunden.
27.03.2020	Ein Gericht in Kiew verhängt Untersuchungshaft gegen Leonid Koschara. Unterdessen erklärt Koscharas Frau, dass sie Staryzkyj erschossen habe und es sich dabei um einen Unfall gehandelt haben soll. Zur Tatzeit sollen die Beteiligten unter Alkoholeinfluss gestanden haben.
27.03.2020	Die IWF-Direktorin Kristalina Georgiewa spricht von »großen Fortschritten«, die in der vergangenen Woche in Gesprächen über neue Hilfskredite für die Ukraine erzielt wurden. Die Verabschiedung eines Gesetzes über den Bodenmarkt sowie eines Gesetzes, das die Rückgabe von verstaatlichten Banken an ihre ehemaligen Eigentümer (das sog. Anti-Kolomojskyj-Gesetz) verhindern soll, würde nicht nur den Weg freimachen für den bisher verhandelten Kreditrahmen in Höhe von ca. 5 Mrd. US-Dollar, sondern für weitere rund drei Milliarden US-Dollar zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie. Die Ukraine ist dringend auf frische Kredite angewiesen, um einen drohenden Default angesichts der wirtschaftlichen Folgen der Covid-19-Pandemie zu verhindern.
29.03.2020	Wirtschaftsminister Ihor Umanskij und Gesundheitsminister Ilja Jemez reichen ihren Rücktritt ein. Beide waren weniger als einen Monat im Amt.
29.03.2020	Der Abgeordnete Geo Leros von der Fraktion »Diener des Volkes« veröffentlicht Videoaufnahmen, auf denen Denis Jermak, der Bruder des Leiters des Präsidentenbüros, Andrij Jermak, dabei zu sehen ist, wie er mutmaßlich hochrangige Posten im Staatsapparat und in Staatsunternehmen gegen hohe Summen anbietet.
30.03.2020	Das Staatliche Ermittlungsbüro leitet auf Antrag von Andrij Jermak ein Strafverfahren gegen den Abgeordneten Geo Leros ein. Ihm wird wegen des am Vortag veröffentlichten Videomaterials unter anderem Betrug, Machtmissbrauch und die Veröffentlichung von Staatsgeheimnissen vorgeworfen.
30.03.2020	In einer Sondersitzung der Werchowna Rada erklärt Premierminister Denys Schmyhal die Rücktritte von Wirtschaftsminister Umanskij und Gesundheitsminister Jemez damit, dass das Land in der aktuellen Situation »schnelle Entscheidungen« brauche. Serhij Martschenko wird zum neuen Wirtschaftsminister ernannt und ersetzt Ihor Umanskij. Martschenko durchlief seit 2002 zahlreiche Stationen im Staatsapparat und war unter anderem von 2016–2018 Stellvertreter von Finanzminister Olexandr Danyljuk. Maxym Stepanow, der bereits 2019 als potenzieller Gesundheitsminister gehandelt wurde, ersetzt Ilja Jemez.
30.03.2020	Das Parlament verabschiedet in erster Lesung das sog. Anti-Kolomojskyj-Gesetz, das die Rückgabe von verstaatlichten Banken an ihre ehemaligen Eigentümer verhindern soll. Damit kommt die Ukraine einem milliardenschweren IWF-Hilfskredit einen Schritt näher.
31.03.2020	In der Nacht vom 30. auf den 31. März verabschiedet die Werchowna Rada das Gesetz über den Bodenmarkt. Ab dem 1. Juli 2021 sollen, erstmals seit der Unabhängigkeit der Ukraine, landwirtschaftliche Flächen verkauft werden können. Zunächst wird der Besitz auf bis zu 100 Hektar beschränkt, später auf 10.000 Hektar ausgeweitet. Boden in staatlichem Besitz ist vom Verkauf ausgenommen. Über den Verkauf von ukrainischem Boden an Ausländer soll zu einem späteren Zeitpunkt die Bevölkerung per Referendum entscheiden. Mit dem Gesetz kommt die Ukraine der zweiten verbliebenen IWF-Forderung für milliardenschwere Finanzhilfen nach.
31.03.2020	Untersuchungen des Mordes an Serhij Staryzkyj im Haus des ehemaligen Außenministers Leonid Koschara ergeben, dass Schuss Spuren an der Kleidung von Koscharas Frau, die den Mord zugegeben hatte, gefunden wurden, jedoch nicht bei Leonid Koschara selbst.

03.04.2020	Die staatliche PrivatBank reicht in Zypern eine neue Klage gegen die ehemaligen Eigentümer, Ihor Kolomojskij und Hennadij Boholjubow, über 5,5 Milliarden US-Dollar ein. Diese Summe sollen die beiden Ex-Eigentümer zwischen 2013 und 2016 über zyprische Offshore-Konten der Bank entwendet haben.
04.04.2020	In der Sperrzone rund um das 1986 havarierte Kernkraftwerk Tschernobyl brechen Waldbrände auf einer Fläche von rund 20 Hektar aus. Ursache sei vermutlich Brandstiftung, so die örtliche Polizei.
07.04.2020	Gegner des sog. Anti-Kolomojskij-Gesetzes haben in den vergangenen Tagen mehr als 16.000 Änderungsvorschläge für die zweite Lesung des Gesetzes eingereicht, um die Verabschiedung des Gesetzes, das die Rückgabe von verstaatlichten Banken an ihre ehemaligen Eigentümer verhindern soll, hinauszuzögern.
13.04.2020	Das ukrainische Zentrum für Strahlen- und Reaktorsicherheit warnt davor, dass in den kommenden Tagen durch die andauernden Brände in der Tschernobyl-Zone potenziell kontaminiert Luft nach Kiew gelangen könnte.
13.04.2020	Die Fraktion von »Diener des Volkes« gibt bekannt, im Parlament eine Verfahrensänderung beschließen zu wollen, die es ermöglichen würde, die mehr als 16.000 Änderungsvorschläge für das sog. Anti-Kolomojskij-Gesetz im Eilverfahren abzuarbeiten, um das Gesetz schnellstmöglich zu verabschieden und damit den Weg für einen dringend benötigten neuen IWF-Kredit freizumachen.
14.04.2020	Starke Regenfälle löschen die Waldbrände in der Region um das Atomkraftwerk Tschernobyl, die am 4. April ausgebrochen waren.
14.04.2020	Der Stellvertreter des Kiewer Bürgermeisters Witalij Klitschko, Mykola Poworosnyk, wird vom Staatlichen Sicherheitsdienst der Ukraine (SBU) verhaftet. Er soll von einem Unternehmer über einen Mittelsmann ein Bestechungsgeld von 125.000 US-Dollar gefordert haben, um eine Entscheidung zu dessen Gunsten zu fällen.
14.04.2020	Die Zustimmungswerte für Präsident Wolodymyr Selenskyj sinken nach Angaben des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie im Vergleich zum Vormonat leicht: Standen im März noch 46 Prozent der Bevölkerung dem Präsident positiv gegenüber, sind es aktuell 44 Prozent; gleichzeitig stieg der Anteil derjenigen, die Selenskyj negativ bewerten, von 21 auf 25 Prozent.
14.04.2020	Der Chef des Staatlichen Sicherheitsdienstes der Ukraine (SBU), Iwan Bakanow, gibt bekannt, dass ein hochrangiger Agent des russischen Geheimdienstes FSB in den Reihen des SBU aufgedeckt und festgenommen wurde. Generalmajor Walerij Schajtanow soll als FSB-Agent für Russland spioniert haben. Ihm wird unter anderem Hochverrat und Terrorismus vorgeworfen.
15.04.2020	Das Ministerkabinett verabschiedet eine Resolution über elektronische Reisepässe in der »Dija«-Smartphone-App, die von nun als offizielle digitale Dokumente gelten. Der elektronische Reisepass kann unter anderem zur Bescheinigung der Identität, z. B. bei Polizeikontrollen oder bei der Post, benutzt werden. Der »e-Reisepass« ist Teil der »Staat im Smartphone«-Initiative von Präsident Wolodymyr Selenskyj, die einen großen Teil der staatlichen Bürgerservices digitalisieren soll. Die dafür benötigte Smartphone-App »Dija« wird aktuell von ca. 2,1 Mio. Bürgern genutzt.
16.04.2020	Bei einem Gefangenenaustausch kehren 20 ukrainische Staatsbürger, die in den »Volksrepubliken« Luhansk und Donezk gefangen gehalten wurden, in die Ukraine zurück. Die Ukraine lässt im Gegenzug 14 Personen frei, von denen mehrere jedoch nicht in die »Volksrepubliken« zurückkehren wollen. Der Leiter des Präsidentenbüros, Andrij Jermak, erklärt, dass die Ukraine weitere Verhandlungen über die Freilassung ukrainischer Gefangener führe, die in Russland sowie auf der von Russland annektierten Krim festgehalten werden.
16.04.2020	Wegen mehrerer Waldbrände im Kiewer Umland, darunter auch des inzwischen gelöschten Brands um Tschernobyl, ist die Luft in der ukrainischen Hauptstadt aktuell stark verschmutzt. Die städtischen Behörden rufen die Bevölkerung dazu auf, die Fenster geschlossen zu halten und die Häuser nicht zu verlassen, da die Luftqualität in einigen Stadtteilen gesundheitsgefährdend sei. In der Region Schytomyr, wo die schlimmsten Waldbrände seit 25 Jahren wüten, brennen rund 4.000 Hektar Wald; mehr als 1.000 Feuerwehrkräfte sind im Einsatz.
20.04.2020	Nach fast vier Tagen, die Kiew in dichten Rauch eingehüllt war und in denen die Sicht stark eingeschränkt war, erreicht die Luftqualität in der Stadt wieder normale Werte.
21.04.2020	Die Organisation Reporter ohne Grenzen (ROG) veröffentlicht ihren jährlichen Bericht zum Stand der Pressefreiheit in der Welt. Die Ukraine macht im Vergleich zum Vorjahr sechs Plätze gut und kommt auf Rang 96, die höchste Platzierung seit Jahren. Dennoch gebe es viele Probleme bezüglich der Pressefreiheit im Land und die Ukraine stehe aktuell am Scheideweg, so die Einschätzung von ROG.

22.04.2020	Laut neuen Zahlen der Weltbank ist die Ukraine der größte Empfänger von Rücküberweisungen in Europa. Im letzten Jahr überwiesen im Ausland arbeitende Ukrainer 15,8 Milliarden US-Dollar in die Ukraine, ein neuer Rekordwert, der rund 10 Prozent des ukrainischen BIP entspricht. Die Zahlen der Weltbank liegen um ein Drittel höher als die Schätzung der ukrainischen Nationalbank. Die Weltbank prognostiziert, dass die Rücküberweisungen in Europa und Zentralasien in diesem Jahr wegen der Coronavirus-Pandemie um knapp 30 Prozent sinken werden.
22.04.2020	Ihor Umanskij, bis vor kurzem Finanzminister, wird zum Sonderberater von Andrij Jermak, dem Leiter des Präsidentenbüros, ernannt. Umanskij soll laut der Zeitung »Ukrainska Prawda« Korruption im großen Stil bei der Steuerbehörde und beim Zoll aufgedeckt haben und Jermak soll »äußerst interessiert« daran sein, gegen Korruption in zentralen Behörden vorzugehen.
22.04.2020	Der frühere georgische Präsident Michail Saakaschwili, der unter Präsident Petro Poroschenko bis zu einem Zerwürfnis mit diesem die Region Odessa leitete, wird von der Regierungsfraction »Diener des Volkes« als neuer Vize-Premierminister für Reformen ins Spiel gebracht. Georgien warnt die Ukraine, dass diese Ernennung die bilateralen Beziehungen belasten könnte, da in Georgien ein Haftbefehl gegen Saakaschwili vorliegt.
24.04.2020	Der Ende März ins Amt gekommene Finanzminister Serhij Martschenko entlässt Maxym Nefjodow, den Leiter des Zolls, und Serhij Werlanow, den Leiter der Steuerbehörde, mit der Begründung, diese hätten das Vertrauen der Menschen verloren. Vor allem Nefjodow gilt als integrierter Reformler, der zuvor als Vizewirtschaftsminister die Korruption im öffentlichen Beschaffungswesen durch ein neues transparentes elektronisches Beschaffungssystem signifikant reduzieren konnte und in den letzten Monaten eine große Reform beim Zoll angestoßen hatte.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Dr. Eduard Klein

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Eduard Klein (verantwortlich)
 Chronik: Dr. Eduard Klein
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1862-555X © 2020 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
 Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
 e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>